



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Informationszentrum
Asyl und Migration



Länderreport 47

Türkei

Die Entwicklung des Kurdenkonflikts, der PKK und der HDP

Stand: 12/2021

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt.

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EASO COI Report Methodology (2019), den gemeinsamen EU-Leitlinien für die Bearbeitung von Informationen über Herkunftsländer (2008) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2020) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EASO COI Report Methodology“ (2019), the „Common EU guidelines for processing factual COI“ (2012) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2020). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited timeframe. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Abstrakt

Der Kurdenkonflikt und die kurdische, politische Bewegung bestehen aus mehreren Komponenten: Dem türkischen Staat sowie Militär, der kurdischen Bevölkerung und ihrer legitimen Forderung nach Anerkennung ihrer ethnischen und kulturellen Identität in der Türkei, der pro-kurdischen Demokratiebewegung, aber auch der als Terrororganisation gelisteten PKK. Der vorliegende Report soll die Akteure, ihr Verhältnis zueinander und den Konflikt im Kontext aktueller sozialer und politischer Entwicklungen der Türkei darstellen.

Abstract

The Kurdish conflict and the Kurdish political movement consist of several components: The Turkish state and military, the Kurdish population and their legitimate demand for the recognition of their ethnic and cultural identity in Turkey, the pro-Kurdish democratic movement, but also the PKK, which is listed as a terrorist organization. This report aims to place the actors, their relationship to each other and the conflict in the context of current social and political developments in Turkey.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Die Entwicklung des Kurdenkonflikts und die Rolle der PKK	3
1.1. Der Kurdenkonflikt	3
1.2. Kurdischer Aktivismus	3
1.3. Etablierung der PKK	4
1.4. Eskalation des Konflikts	6
1.5. Rekrutierungspraktiken der PKK und Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung.....	7
1.6. Auswirkungen des Konflikts.....	9
1.7. Paradigmenwechsel innerhalb der PKK	10
2. Die pro-kurdische Demokratiebewegung und die HDP	12
2.1. Die pro-kurdische Demokratiebewegung.....	12
2.2. Gründung und Entwicklung der HDP	13
2.3. Parteiprogramm und Wählerschaft der HDP.....	14
2.4. Beziehung zwischen HDP und PKK.....	15
3. Der Friedensprozess und erneute Eskalation	16
3.1. Der Beginn des Friedensprozesses und die Rolle der AKP	16
3.2. Die Regionalisierung des Konfliktes und das Verhältnis zwischen PKK und PYD/YPG	18
3.3. Das Scheitern des Friedensprozesses und der Putschversuch 2016.....	19
3.4. Aktuelle Entwicklungen	23
4. Literaturverzeichnis	27

Vorwort

Seit den gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen PKK und türkischer Regierung wird die militärische Auseinandersetzung nach einer erneuten Eskalation im Südosten der Türkei sowie in Nordsyrien und im Nordirak mit unterschiedlicher Intensität weitergeführt.¹ Der militärische Erfolg der PKK und der YPG/YPJ seit 2015 hatte die türkische Regierung dazu veranlasst, die kurdischen Milizen als außenpolitische Bedrohung für den türkischen Staat zu betrachten; ein Umstand, der sich auch auf den Friedensprozess niederschlug und zu einer Regionalisierung des Kurdenkonflikts führte.²

Zusätzlich nahm die AKP-Regierung auch innenpolitisch neue Bedrohungen wahr. Der Erfolg der HDP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 sowie der versuchte Militärputsch 2016, für den die AKP die Gülen-Bewegung verantwortlich machte, stellten die Partei vor Herausforderungen, denen sie mit Repressionsmaßnahmen und dem Abweichen vom zuvor angestrebten, liberalen Kurs begegnete.³ Mit der verfassungsmäßigen Konsolidierung des Präsidialsystems in der Türkei und einhergehenden Einschränkungen der Legislative und Judikative, sowie Bürgerrechten hat sich der türkische Staat nach Auffassung der Stiftung Wissenschaft und Politik erneut in eine autoritäre Richtung entwickelt.⁴

Der Kurdenkonflikt in der Türkei besteht daher nicht ausschließlich aus den bald vier Jahrzehnte anhaltenden, bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär, sondern beinhaltet auch den legalen und institutionalisierten, politischen Diskurs der neuen pro-kurdischen, demokratischen Bewegung und ihrer aktuellen parlamentarischen Vertretung, der HDP, mit der türkischen Regierung.⁵ In diesem Zusammenhang hat dieser Länderreport das Ziel, zunächst die Entwicklungen des Konflikts sowie der Konfliktparteien darzulegen und diese in den sozialen und politischen Kontext aktueller Geschehnisse in der Türkei zu stellen.

¹ International Crisis Group: Turkey's PKK Conflict. A Visual Explainer, 15.11.2021

² Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, 2015, S. 87; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 44

³ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, S. 45; Köhne, Gunnar/Siefert, Volker: Die Gülen-Bewegung. Neues Zentrum "Almanya", 13.07.2018

⁴ Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, März 2019, S. 13-18

⁵ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 21

1. Die Entwicklung des Kurdenkonflikts und die Rolle der PKK

1.1. Der Kurdenkonflikt

Das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden umfasst den heutigen Südosten der Türkei sowie angrenzende Regionen im Nordirak und Nordsyrien sowie im Nordwesten Irans und Westen Armeniens. Der größte Anteil der in diesen Gebieten ansässigen Kurden und Kurdinnen lebt in der Türkei, deren kurdischer Bevölkerungsanteil 18-23 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Aufgrund des Ölvorkommens aber auch des Wasserreichtums sind die von Kurden und Kurdinnen besiedelten Gebiete für die jeweiligen Staaten von besonderer Bedeutung.⁶

Ursprünge des Kurdenkonflikts zeichneten sich bereits ab, als nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches nationale Bestrebungen der Bevölkerung und die Interessen der damaligen Großmächte zur Gründung von Nationalstaaten führten. Durch die Etablierung neuer Staatsgrenzen wurde das Siedlungsgebiet von Kurden und Kurdinnen zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak über tribale und ökonomische Bindungen der Bevölkerung hinweg getrennt.⁷

Ein weiterer Faktor für die Politisierung der kurdischen Identität war die ethno-nationale Ideologie des neuen türkischen Staates, die die Existenz einer kurdischen Identität negierte.⁸ Die 1923 gegründete, türkische Republik wurde im Rahmen der kemalistischen Staatsideologie als ethno-nationaler Staat konstruiert, in dem eine Homogenisierung der ethnisch und religiös heterogenen Bevölkerung angestrebt wurde.

Die Staatsideologie der türkischen Republik war eine Konsequenz des Ersten Weltkriegs und der Bekämpfung der darauffolgenden ausländischen Invasion.⁹ Im Zuge der neuen Staatsideologie wurde gegen Unabhängigkeitsbestrebungen der kurdischen Bevölkerungsanteile restriktiv vorgegangen. Während der ersten zwei Jahrzehnte nach der Staatsgründung wurden 19 tribal organisierte Kurden-Aufstände von der türkischen Armee gewaltsam niedergeschlagen.¹⁰ In der Folge wurde das von Kurden und Kurdinnen besiedelte Gebiet militarisiert und staatliche Kampagnen, mit dem Ziel die kurdische Identität zu erodieren, etabliert. Verbote beinhalteten den öffentlichen Gebrauch kurdischer Sprachen, kurdischer Namen und das Zelebrieren kurdischer Bräuche.¹¹

1.2. Kurdischer Aktivismus

Das Einparteiensystem, geführt von der kemalistischen CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*, Republikanische Volkspartei), wurde 1946 durch das Mehrparteiensystem ersetzt. Doch auch diese formelle, politische Öffnung der Türkei zeigte keine Lockerung der kulturellen und politischen Restriktionen, die der kurdischen Bevölkerung auferlegt worden waren. So blieb der Gebrauch kurdischer Sprachen oder die Etablierung explizit kurdischer Vereinigungen weiterhin untersagt. Eine starke Polizei- und Armeepresenz in den von Kurden und Kurdinnen besiedelten Gebieten behinderte bis in die 1950er Jahre kurdischen Aktivismus auf politischer Ebene.¹² Jedoch entwickelte sich mit dem Mehrparteiensystem eine neue kurdische Klasse mit Beziehungen zu türkischen, bürgerlichen Parteien, die während dieser Zeit entstanden. Neue populistische Parteien, wie die DP (*Demokrat Parti*, Demokratische Partei) gingen für Wahlkämpfe Allianzen mit reichen, kurdischen Großgrundbesitzenden

⁶ Mihatsch, Moritz A.: Kurdenkonflikt, 10.12.2020; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 4; Wagner, Hans: Die Kurden. Geschichte, Kultur und Hintergründe, 02.05.2020

⁷ Mihatsch, Moritz A.: Kurdenkonflikt, 10.12.2020; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 5

⁸ Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 51-52; Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe?, 2004, S. 83

⁹ Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 52-53

¹⁰ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 5; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 59-60, 62

¹¹ Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe? 2004, S. 83; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 5; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 59-60, 62

¹² Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 66; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118

ein und ermöglichten ihnen den Zugang zu Wirtschaftszweigen in den Großstädten.¹³ Auf diese Weise wurden kurdische Stammeseliten in das politische und wirtschaftliche System der Türkei integriert.¹⁴ Die Allianzen stärkten die Position der kurdischen Eliten, konnten aber weder den Kurdenkonflikt beilegen, noch die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung davon überzeugen, eine türkische Identität anzunehmen.¹⁵ Zudem führte die Etablierung der neuen, regierungsnahen Klassen zu einer Fragmentierung zwischen vermögenden Eliten und weniger privilegierten, jedoch politisch orientierten Teilen der kurdischen Bevölkerung.¹⁶

Die Regierungszeit der DP endete mit dem Militärputsch von 1960. Nach dem Putsch sah sich das Militär als Hüter der kemalistischen Staatsideologie sowie der Nation und intervenierte verstärkt in die Politik. 1961 wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die weiterhin die kurdische Identität negierte, jedoch erfolgte eine verfassungsmäßige Öffnung des politischen Raums, indem die Gründung von linken Organisationen gestattet wurde.

Aufgrund der anhaltenden Repression gegen kurdischen Aktivismus beteiligte sich die Mehrheit der kurdischen Akteure und Akteurinnen in der Türkei zwischen 1961 und 1970 an der linken Bewegung.¹⁷ Die 1961 gegründete, sozialistische TİP (*Türkiye İşçi Partisi*, Arbeiterpartei der Türkei) spielte in der sozialistischen Bewegung in der Türkei eine wichtige Rolle und war eine der ersten türkischen Parteien, die die Kurdenproblematik in ihr Parteiprogramm aufnahm, kulturelle Rechte für die kurdische Bevölkerung sowie eine ökonomische Reform für die von Kurden und Kurdinnen besiedelten Regionen forderte.¹⁸ Die Mehrheit der politischen Akteure und Akteurinnen aus dem linken, aber auch ein kleinerer Teil aus dem nationalistischen Spektrum der Kurden und Kurdinnen trat der TİP bei. Innerhalb der TİP gründeten kurdische Mitglieder die DDKO (*Devrimci Doğu Kültür Ocakları*, Revolutionäre Kulturvereinigungen des Ostens), die für eine Mobilisierung sowie die Bildung und Verbreitung eines politischen Bewusstseins in der kurdischen Bevölkerung warb.¹⁹

Konservative Kurden und Kurdinnen mit einer nationalistischen Agenda traten hingegen hauptsächlich der 1965 im Geheimen gegründeten TKDP (*Türkiye Kürdistan Demokrat Partisi*, Demokratische Partei Kurdistans in der Türkei) bei, deren Forderungen die Anerkennung der kurdischen Identität und kurdischer Sprachen sowie das Ende der türkischen Besiedlung kurdischer Gebiete beinhalteten.²⁰ Innere Konflikte führten 1970 zur Abspaltung einiger Mitglieder und Gründung der T-KDP (Türkei - Demokratische Partei Kurdistans). Die T-KDP forderte die territoriale Unabhängigkeit sowie Gleichberechtigung der kurdischen Bevölkerung und schloss auch den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung dieser Ziele nicht aus. Diese Entwicklungen legten das Fundament für die 1978 gegründete PKK (*Partiya Karkerên Kurdistan*, Arbeiterpartei Kurdistans).²¹

1.3. Etablierung der PKK

1971 folgte erneut ein Putsch des türkischen Militärs. Durch ein militärisches Memorandum wurden viele linke und kurdische Organisationen geschlossen und ein Teil ihrer Mitglieder inhaftiert, zudem erließ die Regierung mehrere Gesetze, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkten.²² Das militärische Memorandum schwächte die kurdischen und linken Organisationen, jedoch verdoppelte sich ihre Anzahl Mitte der 1970er Jahre, nachdem der politische Raum sich erneut öffnete und wichtige Akteure und Akteurinnen aus

¹³ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118

¹⁴ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 66

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118

¹⁷ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 66 – 67; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118-119; Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 54

¹⁸ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 67

¹⁹ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118

²⁰ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 68; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 119

²¹ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 68

²² Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 69; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 118

den Gefängnissen entlassen wurden.²³ In dieser Periode erfolgte eine ideologische Polarisierung der Zivilgesellschaft, in der sich neben den linken, auch staatlich unterstützte, rechtsgerichtete Gruppen etablierten.²⁴ Die Priorisierung anderer politischer Themen vor dem Kurdenkonflikt oder die Ablehnung kurdischer Territorialansprüche durch linke, türkische Akteure und Akteurinnen sorgten für eine Abspaltung der kurdischen Linken von türkischen Organisationen. Aus diesem Abspaltungsprozess ging neben anderen kurdischen Organisationen auch die PKK hervor.²⁵

Die PKK wurde formal am 27. November 1978 als geheime, politische Partei durch Abdullah Öcalan gegründet. Die Organisation forderte zunächst eine Vereinigung der von Kurden und Kurdinnen besiedelten Gebiete in einer unabhängigen, sozialistischen Republik.²⁶ Die Beziehung zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung wurde im Kontext der nationalistischen sowie marxistisch-leninistischen Ideologie der Partei als Kolonialismus und Unterdrückung interpretiert.²⁷ Die demographische und territoriale Teilung der von Kurden und Kurdinnen besiedelten Gebiete sowie die Ablehnung ihrer ethno-nationalen Identität sollten daher durch die Gründung eines unabhängigen, kurdischen Nationalstaats beendet werden.²⁸ Dieses Ziel konnte nach Auffassung der PKK nur durch den bewaffneten Kampf und eine revolutionären Bewegung erreicht werden.²⁹

Die Kritik der PKK richtete sich jedoch nicht nur gegen den türkischen Staat, sondern auch gegen andere linke, kurdische Organisationen sowie die Stammeseliten in den kurdischen Gemeinschaften, denen sie Feudalismus und die Kooperation mit der türkischen Regierung vorwarfen.³⁰ Die Rivalitäten zwischen der PKK und anderen kurdischen Gruppen führten zwischen 1977 und 1980 zu bewaffneten Konflikten, die dem Ansehen der Organisation in der kurdischen Bevölkerung schaden.³¹ Dies änderte sich jedoch mit dem Militärputsch von 1980.³²

Die nach dem Putsch eingesetzte, drei Jahre andauernde, militärische Übergangsregierung verabschiedete eine neue, restriktivere Verfassung, grenzte individuelle Freiheitsrechte sowie die Pressefreiheit ein und unterdrückte jegliche Opposition. Zudem wurde eine Zehnprozenthürde für Parlamentswahlen eingeführt, die den Einzug kleinerer Parteien in das Parlament verhindern sollte.³³ Über eine halbe Million Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet, Hunderte von ihnen starben an den Folgen von Folter in Gefängnissen.³⁴ Diese Umstände und eine verstärkte Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Zeit nach dem Putsch waren signifikante Faktoren für die weitere Radikalisierung von kurdischen Aktivisten und Aktivistinnen. Die PKK gehörte zu den wenigen kurdischen Vereinigungen, die die Phase nach dem Putsch überstanden. Sie war in der Lage von einem großen Teil der kurdischen Bevölkerung Unterstützung zu gewinnen und entwickelte sich zur stärksten, kurdischen Organisation in der Türkei.³⁵

²³ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 69; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 120

²⁴ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 120

²⁵ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 120; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 72

²⁶ Jongerden, Joost/ Hamdi Akkaya, Ahmet: The Kurdistan Workers Party (PKK) and Kurdish Political Parties in the 1970s, 2019, S. 270;

Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 15

²⁷ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 15;

Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 72-73

²⁸ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 73

²⁹ Ebd.

³⁰ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 15;

Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 72

³¹ Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe?, 2004, S. 84

³² Ebd.

³³ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121

³⁴ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121; Daily Sabah: Victims remember torture, deaths on the 38th anniversary of the 1980 coup, 02.09.2018

³⁵ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121; Jongerden, Joost/ Hamdi Akkaya, Ahmet: The Kurdistan Workers Party (PKK) and Kurdish Political Parties in the 1970s, 2019, S. 270; Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe?, 2004, S.85

1.4. Eskalation des Konflikts

Während der 1980er Jahre baute die PKK in Syrien und im Libanon Verbindungen zu palästinensischen Organisationen auf und gründete Ausbildungslager, in denen ideologische und militärische Trainings für die Mitglieder durchgeführt wurden.³⁶ Die Organisation konnte sich auch in Europa verbreiten und baute insbesondere in Deutschland ein Netzwerk aus gesellschaftlichen Vereinen und Einrichtungen auf. Durch diese Aktivitäten gelang es der PKK ausreichende finanzielle und organisatorische Ressourcen zu gewinnen, um einen bewaffneten Aufstand gegen den türkischen Staat zu führen.³⁷ Die Gebirgsregion an der türkisch-irakischen Grenze, die die PKK nutzte, eignete sich insbesondere für Guerilla-Angriffe. Zudem gewann die PKK während der 1980er und 1990er Jahre ein wichtiges logistisches Unterstützungsnetzwerk durch Verbindungen zur lokalen Bevölkerung.³⁸

Die PKK begann 1984 mit dem von ihr als Widerstand betrachteten, bewaffneten Aufstand³⁹ gegen das türkische Militär und die Polizei.⁴⁰ Der Konflikt sorgte jedoch auch für interne Auseinandersetzungen in den kurdischen Gemeinschaften, da sie neben türkischen Sicherheitskräften auch Stammeseliten angriff, denen sie die Kollaboration mit dem türkischen Staat vorwarf.

Rivalisierende Kurdenstämme und religiöse Autoritäten unterstützten entweder die PKK oder die türkische Regierung, die diese innere Fragmentierung zu ihrem Vorteil nutzte.⁴¹ So wurde von der Regierung eine paramilitärische, besoldete, kurdische Miliz zur Unterstützung der PKK-Bekämpfung gegründet, deren Mitglieder als *Köy Korcuları* (Dorfwächter) bezeichnet wurden.⁴² Der interne Konflikt in den kurdischen Gemeinschaften verhärtete sich, als die PKK mit gezielten Anschlägen gegen die Dorfwächter reagierte. Nachdem die PKK 1986 den *serhildan* (Volksaufstand) ausgerufen hatte und in der Folgezeit den Konflikt auf alle kurdischen Gebiete ausweitete, verstärkte sich die Intensität der Auseinandersetzungen während der 1990er Jahre weiter.⁴³ Angriffe auf Zivilisten und andere terroristische Aktivitäten führten dazu, dass die PKK von der Türkei, vielen europäischen Staaten und den USA zur Terrororganisation erklärt wurde.⁴⁴

Bis 1986 hatte sich die Struktur der PKK über den Kern bewaffneter Partisanen hinaus entwickelt. Neben der paramilitärischen Einheit der PKK, der ARGK (*Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan*, Volksbefreiungsarmee Kurdistans), umfasste sie zusätzlich die zu Mobilisierungs- und Propagandazwecken gegründete ERNK (*Eniya Rizgariya Neteweyî ya Kurdistanê*, Nationale Befreiungsfront Kurdistans), einen Dachverband aus weiteren Suborganisationen.⁴⁵ Durch die ERNK wurde die PKK zu einer Massenorganisation mit einer beachtlichen Anhängerschaft sowohl in der Türkei als auch im inner- und außereuropäischen Ausland, die den bewaffneten Konflikt finanzierte, Rekruten und Rekrutinnen lieferte und der PKK zudem politische Legitimität verlieh.⁴⁶

Ihre größten militärischen Erfolge erreichte die PKK in den frühen 1990er Jahren, als ihre bewaffneten Einheiten eine Größe zwischen 15.000 und 20.000 Personen annahmen. Der Organisation gelang es, große

³⁶ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 15

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ In der wissenschaftlichen Literatur wird die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften aufgrund der angewendeten Taktik häufig als „Guerilla-Krieg“ oder „Guerilla-Kampagne“ bezeichnet. Da der Begriff jedoch eine positive Wertung implizieren kann, werden zur Wahrung der Neutralität in diesem Länderreport die Begriffe „bewaffneter Konflikt“ oder „bewaffneter Aufstand“ verwendet. Vgl. Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe?, 2004, S.84; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121; Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 15

⁴⁰ Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe?, 2004, S.84; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 73

⁴¹ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 73-74

⁴² Ebd., S. 74

⁴³ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 74; Posch, Walter: The Changing Faces of the PKK, 2015, S. 87

⁴⁴ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121

⁴⁵ Posch, Walter: The Changing Faces of the PKK, 2015, S. 103; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 6

⁴⁶ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 6; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 74; Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 16; Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021

Teile der ländlichen Region im Südosten der Türkei zu kontrollieren und das türkische Militär in urbane Gegenden zu drängen.⁴⁷

Die Regierung reagierte mit der Verkündung des (nach dem Putsch von 1980 eingeführten) Notstandsgesetzes (*Olağanüstü Hal*, OHAL), das 1987 kurzzeitig ausgesetzt, im Südosten der Türkei bis 2002 weiter galt.⁴⁸ Durch eine großangelegte Gegenoffensive des Militärs wurden die PKK-Milizen in die Gebirgsregion zurückgedrängt und Teile der ansässigen Bevölkerung auch unter Androhung oder Anwendung von Gewalt in westliche Regionen der Türkei umgesiedelt.

Das Militär nutzte die Zwangsumsiedlungen um der PKK die Unterstützungsnetzwerke zu entziehen.⁴⁹ Dennoch brach die Unterstützung für die PKK, die sich zuvor auf die kurdischen Gebiete im Südosten beschränkt hatte, nicht ab. Stattdessen wurde ihr Rückhalt durch die Zwangsumsiedlungen auch im Westen relevant, als einige der vertriebenen Kurdinnen und Kurden begannen, in westlichen Städten Aktivitäten für die Organisation durchzuführen.⁵⁰

1.5. Rekrutierungspraktiken der PKK und Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung

Zur Mobilisierung unterschiedlicher Teile der kurdischen Bevölkerung wurde 1985 die ERNK gegründet. Aus dieser Organisation gingen in den 1980er und 1990er Jahren in Europa unterschiedliche Unterorganisationen hervor, die speziell Frauen, Jugendliche, verschiedene Berufsgruppen und unterschiedliche religiöse Gruppen mobilisieren konnten.⁵¹ Das militärische Vorgehen und die ablehnende Haltung der türkischen Regierung gegenüber kurdischen, ethno-nationalen Bestrebungen verstärkten zudem den Widerstand innerhalb der kurdischen Bevölkerung.⁵² Dies führte dazu, dass viele Kurdinnen und Kurden begannen, die PKK aktiv zu unterstützen und die Anzahl ihrer Mitglieder stieg während der 1990er Jahre signifikant an.⁵³ Die PKK intensivierte ihre Bemühungen, um sämtliche Bereiche der kurdischen Gemeinden zu erreichen und zu politisieren.

Sichtbar unterstützten Kurdinnen und Kurden die politischen Ziele der PKK. Es fanden mehrere *Serhildan*-Aufstände und Massenproteste, Streiks und Boykotte in den mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Regionen statt.⁵⁴ Selbst als sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen intensivierten, erhielt die PKK in den südostanatolischen Provinzen Diyarbakır, Batman und Mardin weiterhin öffentliche Unterstützung.⁵⁵ Dies hatte unterschiedliche Ursachen: Einige Kurdinnen und Kurden betrachteten die Gewaltbereitschaft der PKK als unvermeidbare Konsequenz des Widerstands gegen den türkischen Staat.⁵⁶ Zudem sah der Anteil der kurdischen Bevölkerung, der dem türkischen Staat aufgrund seines repressiven Vorgehens misstraute, Berichte von Morden der PKK an Zivilisten als Staatspropaganda an.⁵⁷ In manchen Fällen wurde auch angenommen, dass die PKK ausschließlich Dorfwächter und deren Familien angriff.⁵⁸

⁴⁷ O'Connor, Francis: *The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation*, 2017, S. 6

⁴⁸ Gürbüz, Mustafa: *Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict*, 2016, S. 57

⁴⁹ O'Connor, Francis: *The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation*, 2017, S. 6

⁵⁰ Ebd., S. 7

⁵¹ Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S. 15; O'Connor, Francis: *The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation*, 2017, S. 6

⁵² Davis Paul K. u.a.: *Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism*, S. 101; Çifçi, Deniz: *The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion*, 2019, S. 76-77

⁵³ Çifçi, Deniz: *The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion*, 2019, S. 76-77

⁵⁴ Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S. 16

⁵⁵ Le Ray, Marie: "Knowledge is a potent instrument for change". Interview with Doğu Ergil, Istanbul, 15.06.2006; Gourlay, William: *The Kurds in Erdoğan's Turkey. Balancing Identity, Resistance and Citizenship*, 2020, S. 226

⁵⁶ Davis, Paul K. u.a.: *Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism*, 2012, S. 104

⁵⁷ PKK-Milizen übten bei Überfällen auf Dörfer, in denen Clan-Mitglieder von Dorfwächtern lebten, teilweise unterschiedslos Gewalt aus und töteten dabei u.a. auch Frauen, Kinder und ältere Menschen. Gut belegt ist beispielsweise der Überfall auf das Dorf Pınarcık, der sich 1987 ereignete. Jedoch waren nicht nur Wohnorte von Clans von der Gewalt betroffen, wie die von der PKK während der 2000er Jahre verübten Bombenabschläge in städtischen Zentren mit zahlreichen Opfern verdeutlichen. Vgl. Davis, Paul K. u. a.: *Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism*, 2012, S. 103-104

⁵⁸ Davis, Paul K. u.a.: *Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism*, 2012, S. 104

Personelle, finanzielle und logistische Unterstützung wurde jedoch auch mittels Nötigungstaktiken durch die PKK erzwungen.⁵⁹ Zu diesen Taktiken gehörte ab 1986, nach einer Entscheidung der Parteiführung zur Rekrutierung, beispielsweise auch die Entführung von Kindern.⁶⁰ Zudem erhöhten PKK-Milizen in den 1980er und 1990er Jahren den Druck auf die ländliche Bevölkerung im Südosten der Türkei, indem Dorfbewohner, die ihre Unterstützung verweigerten sowie Personen, die die Parteiführung als „Verräter“ bezeichnete, getötet wurden.⁶¹ Nach Angaben der türkischen Regierung und türkischer Medienberichte werden durch die PKK weiterhin Kinder zum Zweck der Rekrutierung angeworben und entführt.⁶² Angehörige kurdischer Gemeinschaften geben jedoch an, dass junge Menschen der PKK freiwillig beitreten würden. Laut dem Trafficking in Persons Report des US-Außenministeriums von 2020 existieren dennoch Berichte über die erzwungene Rekrutierung mindestens eines dreizehnjährigen Kindes sowie die Rekrutierung von noch jüngeren Kindern durch Versprechen finanzieller Entschädigung.⁶³ Zudem bestätigten irakische Kontakte in staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen Berichte über die Rekrutierung von Kindern aus dem Irak, die in türkische PKK-Lager gebracht wurden.⁶⁴

Die aktuelle Anzahl von PKK-Mitgliedern ist unbekannt. Das australische Ministerium für nationale Sicherheit nimmt an, dass sich ein Großteil der PKK-Milizen zwar im Nordirak aufhält, jedoch logistische Unterstützung aus kurdischen Gemeinschaften im Südosten der Türkei, in Syrien und im Iran sowie aus der Diaspora in Europa erhält.⁶⁵ Die Zielgruppe von Rekrutierungsstrategien sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene. Ein Großteil der Rekrutierten stammt aus der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei, jedoch werden auch Personen aus Städten im Westen der Türkei, sowie Irak, Syrien, Iran und europäischen Ländern rekrutiert.⁶⁶ Die Rekrutierung erfolgt häufig über persönliche Bekanntschaften. Anwerbung, Finanzierung und Propaganda-Aktivitäten werden Berichten zufolge durch ein Netzwerk von Sympathisanten und Mitgliedern der PKK in gesellschaftlichen Vereinigungen und politischen Parteien organisiert.⁶⁷ Die PKK erhält aus diesen Netzwerken finanzielle Unterstützung. Jedoch gewinnt sie Ressourcen auch durch kriminelle Aktivitäten wie Drogenhandel, Erpressung und Nötigung.⁶⁸

Die Quellenlage zum gegenwärtigen Rückhalt bei der kurdischen Bevölkerung in der Türkei für die PKK ist schwierig. Einerseits, da die PKK in vielen Ländern als terroristische Organisation gelistet ist und Personen, die die Organisation aktiv unterstützen sowohl in der Türkei als auch in der EU und in den USA mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben.⁶⁹ Andererseits verwendet die türkische Regierung das Argument der PKK-Unterstützung im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung auch zur strafrechtlichen Verfolgung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Oppositionellen.⁷⁰ Aus diesen Gründen fehlen verlässliche Daten für

⁵⁹ Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, 2002, S. 132, 135-136 und 140

⁶⁰ Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, 2002, S. 140; Davis, Paul K. u.a.: Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism, 2012, S. 105

⁶¹ Davis, Paul K. u.a.: Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism, 2012, S. 105

⁶² Daily Sabah: PKK recruits more children as terror group continues to be condemned on social media, 07.08.2020; USDOS: Trafficking in Persons Report 20th Edition, Juni 2020, S. 507-508

⁶³ USDOS: Trafficking in Persons Report 20th Edition, Juni 2020, S. 507-508

⁶⁴ Ebd., S. 268

⁶⁵ Europol: European Union Terrorist Situation and Trend Report 2020, 23.06.2020, S. 16, 23, 27, 54, 56; Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021; Bundesamt für Verfassungsschutz: Rekrutierung von Kämpfern für die PKK in Deutschland, 2021

⁶⁶ Europol: European Union Terrorist Situation and Trend Report 2020, 23.06.2020, S. 16, 23, 27, 54, 56; Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021

⁶⁷ Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021

⁶⁸ Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, 2002, S. 132, 135-136 und 140, Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021; Europol: European Union Terrorist Situation and Trend Report 2020, 23.06.2020, S. 56

⁶⁹ Amtsblatt der Europäischen Union L88/6: Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, 31.03.2017; Amtsblatt der Europäischen Union L151/45: Gemeinsamer Standpunkt 2009/468/GASP des Rates vom 15. Juni 2009 zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/67/GASP, 16.06.2009, I. 151/49; USDOS (U.S. Department of State): Foreign Terrorist Organizations, ohne Datum, in: Bureau of Counterterrorism; 18 U.S. Code: § 2339B. Providing material support or resources to designated foreign terrorist organizations, in: Cornell Law School, Legal Information Institute, ohne Datum

⁷⁰ HWR (Human Rights Watch): Turkey. Erdoğan's Onslaught on Rights and Democracy, 21.03.21; Amnesty International: Countries. Turkey 2020, 2021

eine belastbare Einschätzung der tatsächlichen Popularität der PKK innerhalb der lokalen, kurdischen Bevölkerung. Mangels genauerer Daten werden in der Literatur gegensätzliche Einschätzungen angegeben. In einigen Quellen wird davon ausgegangen, dass die PKK weiterhin eine relevante gesellschaftliche Unterstützungsbasis besitzt.⁷¹ Hierbei wird jedoch nicht dargestellt, welche Form diese Unterstützung annimmt. Es kann sich daher um die Sympathie für ethno-nationale Vorstellungen, die Unterstützung der Ziele und Methoden der PKK oder um die tatsächliche materielle Unterstützung der Politik der Organisation handeln.⁷² Andere Quellen gehen aufgrund der anhaltenden Gewalt im Südosten der Türkei, von der insbesondere die kurdische Bevölkerung betroffen ist, von einer Verringerung der Unterstützung für die PKK aus.⁷³

1.6. Auswirkungen des Konflikts

Die Kampfhandlungen zwischen der PKK und den staatlichen Streitkräften hatten schwerwiegende soziokulturelle, politische und wirtschaftliche Konsequenzen für die kurdische Bevölkerung.⁷⁴ Während des Konflikts wurden nach Angaben unterschiedlicher Quellen zwischen 35.000 und ca. 45.731 Menschen getötet.⁷⁵

Unter die Zahl der Todesopfer fällt auch eine unbekannte Anzahl unaufgeklärter Morde, inklusive illegaler Hinrichtungen.⁷⁶ Zehntausende Kurden und Kurdinnen wurden verhaftet, mehr als 3.500 Dörfer in den von ihnen besiedelten Regionen wurden zwangsgeräumt oder sowohl von PKK-Milizen als auch durch das türkische Militär zerstört.⁷⁷ Die Zerstörung von Wirtschafts- und Infrastrukturen führten zu einer Landflucht von großen Teilen der Bevölkerung.⁷⁸ Mehr als 2,5 Millionen Kurdinnen und Kurden wurden aufgrund der anhaltenden Gewalt vertrieben oder zwangsumgesiedelt.⁷⁹ Die türkische Regierung verstärkte restriktive Maßnahmen in Bezug auf die Forderung nach kulturellen Rechten der kurdischen Bevölkerung und verhängte rigide Strafen bei Zuwiderhandlungen.⁸⁰ Insbesondere während der Begehung des kurdischen Neujahrsfestes *Newroz*⁸¹ oder Demonstrationen gingen staatliche Sicherheitskräfte zwischen den 1980er und 1990er Jahren gewaltsam gegen Zivilisten vor, was zu zahlreichen Toten und Verletzten führte.⁸² Zu den Menschenrechtsverletzungen, die in diesem Zeitraum gegen die kurdische Bevölkerung verübt wurden, gehörten u.a. das Verschwindenlassen von Gefangenen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen.⁸³ Eine Vielzahl von Entführungen und Morden an Kurden und Kurdinnen wurde zudem der paramilitärischen Einheit *JITEM (Jandarma İstihbarât ve Terörle Mücadele, Geheimdienst und Terrorabwehr der Gendarmerie)* zugeschrieben, die 1987 inoffiziell als Anti-

⁷¹ Gürbey, Gülistan: Der regionale Aufstieg der Kurden. Wie (re-)agiert die Türkei?, 01.03.2018; Davis, Paul K. u.a.: Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism, 2012, S. 113; Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021

⁷² Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, 2002, S. 141

⁷³ Kanmaz, Mehmet A.: Countering Terrorist Financing. A Case Study of the Kurdistan Worker's Party (PKK), 2014, S. 11; Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, 2002, S. 129

⁷⁴ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 76

⁷⁵ Nach Schätzungen der International Crisis Group wurden von 1984 – 2016 zwischen 30.000 und 40.000 Menschen getötet, während zwischen Juli 2015 und November 2021 ca. 5731 Menschen getötet wurden. Bei der Angabe im Länderreport handelt es sich um eine Zusammenfassung dieser Zahlen. Vgl. Mandiraci, Berkay: Turkey's PKK Conflict: The Death Toll, 20.07.16; ICG (International Crisis Group): Turkey's PKK Conflict. A Visual Explainer, 2021

⁷⁶ Davis Paul K. u.a.: Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism, S. 101; Die Quellenlage zu genaueren Opferzahlen unaufgeklärter Mordfälle im Südosten der Türkei ist wenig ergiebig. Der Co-Vorsitzende der pro-kurdischen DTP (*Demokratik Toplum Partisi*, Partei der Demokratischen Gesellschaft) Ahmet Türk nennt eine Zahl von 17.000 Opfern, die in der genutzten Fachliteratur wiederholt wird. Vgl. Türk, Ahmet, zitiert in: Gürbüz, Mustafa: Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict, 2016, S. 149; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 76;

⁷⁷ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 76

⁷⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Februar 2019, S.8

⁷⁹ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 121; Jongerden, Joost: Resettlement and Reconstruction of Identity. The Case of the Kurds in Turkey, 01.09.2001, S. 80; Kurban, Dilek: Limits of Supranational Justice. The European Court of Human Rights and Turkey's Kurdish Conflict, 2020, S. 133

⁸⁰ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 76

⁸¹ Kurdisch für „neuer Tag“

⁸² Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 76

⁸³ Kurban, Dilek: Limits of Supranational Justice. The European Court of Human Rights and Turkey's Kurdish Conflict, 2020, S. 133

Terroreinheit durch die JGK (*Jandarma Genel Komutanlığı*, Generalkommandantur der Gendarmerie)⁸⁴ gegründet wurde, strafrechtliche Immunität besessen haben soll und außerhalb des administrativen Rahmens von Aufsichtsbehörden agierte.⁸⁵ Die Existenz von JITEM wurde von der türkischen Regierung viele Jahre bestritten.⁸⁶

Der bewaffnete Konflikt und PKK-Anschläge, die auch im Westen stattfanden, führten zu einer stärkeren Verbreitung von türkischem Nationalismus und vergrößerten die politische Fragmentierung in der Türkei. Der staatliche Diskurs, der die PKK ausschließlich als Terrorismus- und Sicherheitsproblem erklärte, gewann nicht nur größere Akzeptanz in breiten Teilen der Bevölkerung, sondern führte zudem zu einer Mobilisierung von radikal-nationalistischen Gruppen gegen Kurdinnen und Kurden.⁸⁷ Es kam vermehrt zu Gewalttaten und Übergriffen durch Mobs auf kurdische Zivilpersonen. Diese Entwicklungen, gepaart mit der Intensivierung von gewaltsamen Maßnahmen der Regierung gegen pro-kurdische Massendemonstrationen zwangen die PKK-Führung dazu, durch Waffenstillstände Bereitschaft für eine Beilegung des Konflikts zu zeigen.⁸⁸

1.7. Paradigmenwechsel innerhalb der PKK

Bevor sich der Erfolg der staatlichen Gegenoffensive des türkischen Militärs im Südosten der Türkei abzeichnete, erklärte die PKK 1993 einen einseitigen Waffenstillstand und demonstrierte Bereitschaft den Konflikt beizulegen, falls die Regierung ihrerseits bereit wäre, politische Rechte sowie die Identität der kurdischen Bevölkerung anzuerkennen. Nach einem Angriff des türkischen Militärs in der Provinz Diyarbakir gegen PKK-Milizen wurde der Waffenstillstand jedoch nur wenige Monate nach seiner Ausrufung gebrochen und es kam zu einer erneuten Eskalation des Konflikts.⁸⁹ Die PKK erklärte 1995 und 1998 weitere unilaterale Waffenstillstände, die jedoch aufgrund ihrer geschwächten Verhandlungsposition von der Regierung unbeantwortet blieben.⁹⁰ Auch die Initiativen mehrerer ziviler Organisationen und politischer Parteien, die sich mit zahlreichen Massenveranstaltungen und Aufrufen um einen friedlichen Dialog bemühten, blieben erfolglos.⁹¹

Die Entführung von Abdullah Öcalan durch den türkischen Geheimdienst in Kenia, löste 1999 erneut eine Welle von Gewalt aus, als durch die PKK terroristische Anschläge in mehreren urbanen Zentren der Türkei verübt wurden.⁹² Jedoch sprach sich Öcalan kurz nach seiner Inhaftierung gegen den bewaffneten Kampf der PKK aus, rückte von der Idee eines unabhängigen Kurdenstaates ab und nutzte sein Gerichtsverfahren dazu seine Vorstellung von einem „demokratischen Konföderalismus“⁹³ zu postulieren.⁹⁴ Im Zuge dieses ideologischen Paradigmenwechsels eignete sich die PKK einen demokratischen Diskurs an und führte organisatorische und inhaltliche Veränderungen durch.⁹⁵

2000 erklärte die Organisation die politische Lösung des Kurdenkonflikts auf demokratischen Wegen innerhalb des türkischen Staates formell zum neuen Ziel und gab damit die Idee von der Gründung eines Kurdenstaates

⁸⁴ In der Literatur auch als *Jandarma* (türk. für „Gendarmerie“) bezeichnet. Die Jandarma ist als Sonderform der Polizei für die ländlichen Gebiete und Stadtrandgebiete zuständig, rekrutiert sich teils aus Wehrpflichtigen und untersteht dem Innenministerium. Insbesondere in Regionen, in denen die Polizei nur wenig vertreten ist, ist sie verantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, für Strafverfolgung und Grenzschutz. Vgl. FIEP (International Association of Gendarmeries and Police Forces with Military Status): The Gendarmerie of the Turkish Republic, ohne Datum

⁸⁵ Kurban, Dilek: Limits of Supranational Justice. The European Court of Human Rights and Turkey's Kurdish Conflict, 2020, S. 139-140; Işık, Ayhan: Types of Turkish Paramilitary Groups in the 1980s and 1990s, 2021, S. 51

⁸⁶ Işık, Ayhan: Types of Turkish Paramilitary Groups in the 1980s and 1990s, 2021, S. 49-50

⁸⁷ Gunes, Cengiz: The Kurdish National Movement in Turkey. From Protest to Resistance, 2012, S. 133

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 7

⁹¹ Gunes, Cengiz: The Kurdish National Movement in Turkey. From Protest to Resistance, 2012, S. 134

⁹² Ebd., S. 135

⁹³ Als „demokratischen Konföderalismus“ beschreibt Öcalan seine politische Ideologie eines Zusammenschlusses von gleichberechtigten Kommunen innerhalb des türkischen Staates, die durch demokratische, lokale Selbstverwaltungen regiert werden. Vgl. Öcalan, Abdullah: Demokratischer Konföderalismus, 2012, S. 26

⁹⁴ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 7

⁹⁵ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 16-17

auf.⁹⁶ Während der 2000er Jahre versuchte die PKK durch Umbenennungen und die Gründung neuer Organisationen, einen demokratischen Wandel zu zeigen.⁹⁷ Zu diesem Zweck wurde sie 2002 in KADEK (*Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê*, Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan) umbenannt. KADEK wurde jedoch kurz darauf ebenfalls als Terrororganisation gelistet, daher bereits 2003 abgeschafft und durch den Kongra Gel (*Kongra Gelê Kurdistan*, Volkskongress Kurdistan) ersetzt.⁹⁸ Der Kongra Gel sollte zudem als demokratischer Dachverband der PKK und ihrer Suborganisationen fungieren.⁹⁹ 2005 wurde das neue Parteiprogramm zur demokratischen Lösung des Kurdenkonflikts angenommen. Der ideologischen Neuausrichtung lag die Idee einer Transformation des Staatssystems in einem Zusammenschluss von lokalen Einheiten zugrunde. In diesem Zusammenschluss sollte sich die kurdische Bevölkerung als eine Einheit organisieren, ohne einen eigenen Staat zu bilden. So sollten die Rahmenbedingungen für eine lokale Selbstverwaltung von Kurdsinnen und Kurden geschaffen werden, ohne die anerkannten Grenzen von Nationalstaaten in Frage zu stellen.¹⁰⁰ Im gleichen Jahr wurde die KKK (*Koma Komalên Kurdistan*, Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan) als exekutive Organisation der PKK gegründet.¹⁰¹

2007 wurde die KKK wieder abgeschafft und durch die KCK (*Koma Civakan Kurdistan*, Union der Gemeinschaften Kurdistan) ersetzt, die als exekutives Organ die PKK und die mit ihr verbundenen Parteien in anderen kurdischen Regionen koordinieren sollte, um einen demokratischen Konföderalismus nach den Vorstellungen Öcalans umzusetzen.¹⁰² 2010 wurden dem Parteiprogramm Ideen einer demokratischen Autonomie sowie der Dezentralisation des Staates hinzugefügt. Die demokratische Autonomie beschreibt das Verhältnis zwischen kurdischen Gemeinschaften und dem türkischen Staat als „demokratische und politische Union“. In einer Einigung mit dem Staat sollten danach Rechte und Forderungen der Gemeinschaften innerhalb der staatlichen Integrität der Türkei verwirklicht und in einem Unionsvertrag festgelegt werden.¹⁰³ Um die Selbstverwaltung der Gemeinschaften sicherzustellen sowie zur Demokratisierung von Staatsstrukturen und um die Macht des Zentralstaats zu limitieren, wurde zudem eine Dezentralisation gefordert, da ein Zentralstaat nach Auffassung der Partei zu Autoritarismus führe.¹⁰⁴ Diese Ideen erkannten zwar die Staatsgrenzen an, stellten jedoch eine weitaus größere Herausforderung für die grundlegende Struktur des Staatssystems dar als vorherige Forderungen.¹⁰⁵

Um die neuen ideologischen Ziele umzusetzen, hatte sich die PKK von einer kommunistischen Partei in ein komplexes Netzwerk von politischen und militärischen Organisationen umgewandelt und korrespondierende Parteien und Organisationen in Syrien, Irak und Iran gegründet, die jeweils eigene politische Strukturen und Milizen bildeten und durch die KCK koordiniert wurden.¹⁰⁶ Jedoch konnten die strukturellen und ideologischen Veränderungen nicht zur Lösung des Kurdenkonflikts beitragen.¹⁰⁷ Obwohl intern demokratische Strukturen etabliert werden sollten, bleibt die PKK weiterhin hierarchisch unter einer autoritären Führung organisiert.¹⁰⁸ Auch wenn die Zielsetzung den Gegebenheiten angepasst wurde, denen sich die PKK Anfang der 2000er Jahre ausgesetzt sah, blieb die Organisation weiterhin bereit, ihre Ziele gewaltsam umzusetzen.¹⁰⁹

So wurde der, seitens der PKK erklärte, unilaterale Waffenstillstand nach der Verhaftung Öcalans 2004 beendet, auch wenn die bewaffneten Auseinandersetzungen im Vergleich zu den 1990er Jahren mit geringerer

⁹⁶ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005, Mai 2006, S. 248-249; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 7

⁹⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Februar 2019, S.10-11; Posch, Walter: The Changing Faces of the PKK, 2015, S. 88

⁹⁸ Gürbüz, Mustafa: Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict, 2016, S. 58

⁹⁹ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 17

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Çandar, Cengiz: Leaving the Mountain. How may the PKK lay down arms? Freeing the Kurdish Question from Violence, 2012, S.82

¹⁰² Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 17 und 19

¹⁰³ Ebd., S. 17

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 146

¹⁰⁶ Ebd., S. 146-147

¹⁰⁷ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 17

¹⁰⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Februar 2019, S. 11

¹⁰⁹ Ebd., S. 12

Intensität geführt wurden.¹¹⁰ Die Umbenennungen der PKK-Organisationen scheinen hauptsächlich dazu zu dienen, sich dem internationalen Verfolgungsdruck zu entziehen sowie sich als Verteidigungs- und Unterstützungseinheit der kurdischen Bewegung darzustellen.¹¹¹ In diesem Sinne wurde beispielsweise auch der militärische Zweig der PKK, die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (*Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan*, ARGK) abgeschafft und durch die Volksverteidigungskräfte (*Hêzên Parastina Gel*, HPG) ersetzt, um die von der PKK ausgehende Gewalt als notwendige Form der Verteidigung darzustellen.¹¹²

2. Die pro-kurdische Demokratiebewegung und die HDP

2.1. Die pro-kurdische Demokratiebewegung

Das gewaltsame Vorgehen der PKK und ihr Status als Terrororganisation schadete auch der Legitimität kurdischer Forderungen an die Regierung und verhinderte die Unterstützung kurdischer Aktivisten und Aktivistinnen auf nationaler und internationaler Ebene.¹¹³ Die internationale Menschenrechts- und Demokratie-Agenda hingegen, die sich während der 1990er Jahre verstärkte, ermöglichte es kurdischen politischen Akteuren und Akteurinnen, Rechte der kurdischen Bevölkerung als ethnische Gemeinschaft und identitätsbasierte Diskriminierung innerhalb des Menschenrechtsdiskurses mit legitimen Mitteln vorzubringen.¹¹⁴ Um Aufmerksamkeit für die Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei zu gewinnen, intensivierten kurdische Aktivisten und Aktivistinnen sowie politische Akteure und Akteurinnen ihr Engagement für Menschenrechte in NGOs, internationalen Organisationen und EU-Institutionen, wie dem Europäischen Parlament.¹¹⁵ Da die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert hatte und zudem bestrebt war der EU beizutreten, erregte die Lage der kurdischen Bevölkerung internationales Interesse und erhöhte den Druck auf die türkische Regierung.¹¹⁶

Innenpolitisch zeigten türkische Parteien entweder wenig Interesse für kurdische Belange und Menschenrechtsverletzungen in der kurdischen Region oder sie befürworteten das Vorgehen des Staates im Kurdenkonflikt. Daher waren kurdische Akteure und Akteurinnen gezwungen, eigene Repräsentationsmöglichkeiten zu finden, um sich am demokratischen Prozess beteiligen zu können und in der breiteren Gesellschaft gehört zu werden.¹¹⁷ Jedoch hatten weder das Militär noch die türkische Regierung Interesse daran, kurdischem Aktivismus durch die Beteiligung an institutioneller Politik eine Plattform zu bieten. Daher wurden politische Parteien, die auf Basis von Regionalismus oder Ethnizität gegründet wurden, verboten.¹¹⁸ In diesen Kontexten formte sich zwischen 1990 und 2012 eine pro-kurdische Demokratiebewegung, die mit der Gründung der ersten legalen, kurdisch-demokratischen Partei in der Türkei, der HEP (*Halkın Emek Partisi*, Arbeiterpartei des Volkes) begann und 2012 mit der Etablierung der HDP (*Halkların Demokratik Partisi*, Demokratische Partei der Völker) weitergeführt wurde.¹¹⁹

Die HEP entstand 1990 aus einer Abspaltung der linken SHP (*Sosyaldemokrat Halk Partisi*, Sozialdemokratische Volkspartei) und forderte die Erweiterung der Rechte von Kurdsinnen und Kurden. Dazu gehörte die Abschaffung von Sprachverboten und das Recht auf Publikation und Erziehung in kurdischen Sprachen, aber auch die Abschaffung des Notstandsgesetzes sowie des Dorfwächtersystems in der kurdischen Region.¹²⁰ Da ihr politische Fokus sich auf kurdische Forderungen richtete, wurde die Partei 1993 vom türkischen

¹¹⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Februar 2019, ebd.

¹¹¹ Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Februar 2019, S. 11.; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 7

¹¹² O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 7

¹¹³ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 78

¹¹⁴ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 145

¹¹⁵ Ebd., S. 144-145

¹¹⁶ Ebd., 2020, S. 145

¹¹⁷ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 78

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 260-262

¹²⁰ Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 55

Verfassungsgerichtshof mit der Begründung, sie betone soziale Unterschiede, um die „untrennbare Einheit“ des türkischen Staates zu zerstören sowie aufgrund ihrer Verbindungen zur PKK, verboten.¹²¹ Ihre Mitglieder gründeten daraufhin 1992 die ÖZDEP (*Özgürlük ve Demokrasi Partisi*, Freiheits- und Demokratiepartei), die jedoch wegen eines von der Staatsanwaltschaft eröffneten Verfahrens aus ähnlichen Gründen 1993 durch Mitglieder aufgelöst und im gleichen Jahr durch die ÖZEP (*Özgürlük ve Eşitlik Partisi*, Freiheits- und Gleichheitspartei) ersetzt wurde und mit der DEP (Demokrasi Partisi, Demokratie-Partei) fusionierte. Ein Teil der DEP-Mitglieder hatte jedoch nicht nur radikalere Ziele als die HEP, sondern pflegte zudem Verbindungen zur kurdisch-nationalistischen Szene und beteiligte sich öffentlich an kurdischen Kundgebungen oder Demonstrationen, die durch die PKK initiiert worden waren. Aus diesen Gründen wurde mehreren DEP-Abgeordneten im Parlament die Immunität entzogen, es folgten Verhaftungen und 1994 schließlich das Parteiverbot.¹²² In den darauffolgenden Jahren wurden zwischen 1994 und 2005 mehrere pro-kurdische, demokratische Parteien wie die HADEP (*Halkın Demokrasi Partisi*, Partei der Demokratie des Volkes), DEHAP (*Demokratik Halk Partisi*, Demokratische Volkspartei) und DTP (*Demokratik Toplum Partisi*, Partei der Demokratischen Gesellschaft) gegründet, denen es jedoch trotz ihres regionalen Erfolgs aufgrund ihrer kurdenspezifischen Politik nicht gelang die parlamentarische Zehnprozenthürde zu überwinden oder die u.a. wegen ihrer Verbindungen zur PKK verboten wurden.¹²³ Mit ähnlichem Parteiprogramm wie die vorangegangenen pro-kurdischen Parteien und vielen ihrer Parlamentsmitglieder, die als unabhängige Kandidaten ins Parlament gewählt worden waren, wurde 2008 die BDP (*Barış ve Demokrasi Partisi*, Partei für Frieden und Demokratie) gegründet. Die BDP konnte das Spektrum ihrer Mitglieder auf weitere politische, ethnische und religiöse Gruppen ausweiten und gewann 2011 durch unabhängige Kandidaten 36 Mandate im Parlament.¹²⁴ Jedoch gelang es auch der BDP nicht die parlamentarische Zehnprozenthürde zu überwinden.¹²⁵

2.2. Gründung und Entwicklung der HDP

Aktuell agiert auf institutioneller sowie nationaler Ebene die HDP als politische Partei und Repräsentant der pro-kurdischen, politischen Bewegung.¹²⁶ Sie wurde am 15. Oktober 2012 als gemeinsame politische Partei für ethnische, religiöse und weitere Minderheiten sowie Anhänger von linken, feministischen und ökologischen Bewegungen etabliert.¹²⁷ Zusätzlich stammen Mitglieder der HDP auch aus dem Umfeld der unabhängigen türkischen, sozialistischen und feministischen Szene. Weitere Unterstützung erhält die Partei im Westen der Türkei in Großstädten wie Istanbul und Izmir auch durch Intellektuelle und Studierende.¹²⁸ Gegründet wurde die Partei durch den HDK (*Halkların Demokratik Kongresi*, Demokratischer Volkskongress), ein im Oktober 2011 gegründetes Gremium zur Vertretung verschiedener sozialistischer Parteien sowie Gewerkschaften, Frauen-, Umwelt- und LGBTQI-Gruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, als auch Akteuren und Akteurinnen verschiedener religiöser und ethnischer Minderheiten in der Türkei.¹²⁹ Die Idee der Etablierung des HDK wurde vom inhaftierten Abdullah Öcalan vorgeschlagen, um die Opposition durch die Vereinigung unterschiedlicher linker, sozialistischer und progressiver Organisationen zu erweitern.¹³⁰ Öcalans Rolle dabei bedeutete auch, dass PKK und PKK-Sympathisierende die Gründung der HDP befürworteten.¹³¹

Um landesweit an Geltung zu gewinnen, fusionierte die HDP 2014 mit der BDP, indem 27 der BDP-Abgeordneten im Parlament der HDP beitraten.¹³² Die BDP wurde aufgelöst und in die DBP (*Demokratik Bölgeleler Partisi*, Partei Demokratischer Regionen) umbenannt.¹³³ Anders als die Parlamentarier traten die

¹²¹ Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 55-56

¹²² Ebd., S. 56-57

¹²³ Ebd., S. 58

¹²⁴ Ebd., S. 60

¹²⁵ Aydın, Yaşar: Partei Demokratischer Regionen (DBP). Demokratik Bölgeleler Partisi, 19.02.2018

¹²⁶ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 21

¹²⁷ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 262; Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 63; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84

¹²⁸ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 263

¹²⁹ Heinrich-Böll-Stiftung: Turkey's Newest Party. Understanding the HDP, 27.10.2015

¹³⁰ Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, 2015, S. 63; Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 262

¹³¹ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 262

¹³² Aydın, Yaşar: Demokratische Partei der Völker (HDP). Halkların Demokratik Partisi, 19.02.2018

¹³³ Aydın, Yaşar: Partei Demokratischer Regionen (DBP). Demokratik Bölgeleler Partisi, 19.02.2018

Bürgermeister und Ratsmitglieder der aufgelösten BDP der neu geformten DBP bei.¹³⁴ Die Fusion wurde anvisiert, da es der BDP als explizit kurdischer Partei – obwohl sie ähnlich der HDP verschiedene progressive und linke Gruppen einte – nicht gelungen war, ihre Wählerbasis über die kurdischen Regionen hinweg ausreichend auszuweiten.¹³⁵ Aus diesem Grund agiert die DBP nur noch auf regionaler Ebene in den kurdischen Regionen, tritt jedoch nicht zu Parlamentswahlen an.¹³⁶ Auf nationaler Ebene ist stattdessen die HDP aktiv.¹³⁷ Diese Aufteilung von Regional- und Nationalpolitik basierte zudem auf Öcalans ideologischem Konzept einer „demokratischen Autonomie“¹³⁸. In diesem Kontext ist ein wichtiges Ziel der DBP die Etablierung der konföderalen Demokratie auf regionaler Ebene. Zu diesem Zweck wurden durch die Partei Verwaltungsorganisationen wie Dorf- und Stadträte gegründet. Jedoch steht die DBP, ebenso wie die HDP, im Fokus staatlicher Repressionsmaßnahmen. Im Südosten der Türkei stellte die Regierung 82 von der DBP gewonnene Gemeinden unter staatliche Zwangsverwaltungen und suspendierte deren DBP-Bürgermeister und Bürgermeisterinnen wegen des Verdachts auf terroristische Straftaten. Laut dem World Report 2021 von Human Rights Watch (HWR) begründete das türkische Innenministerium seit 2019 die Absetzung von weiteren 48 HDP-Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen damit, dass ihnen strafrechtliche Ermittlungen wegen Verbindungen zur PKK drohen würden. Sämtliche Bürgermeister und Bürgermeisterinnen wurden durch staatliche Treuhänder ersetzt. Aktuell befinden sich laut HWR noch 19 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Untersuchungshaft.¹³⁹

2.3. Parteiprogramm und Wählerschaft der HDP

Ein Ziel der HDP ist die Vertretung der Forderungen von marginalisierten Bevölkerungsanteilen. Im Parteiprogramm bezeichnet sie sich daher als Partei für Arbeiter, Bauern, Rentner, Frauen, junge Menschen, Intellektuelle, Künstler, LGBTQI-Personen, Menschen mit Behinderung sowie der „Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Völker und Sprachen, Kulturen und Religionen“.¹⁴⁰ Die Partei versucht die vorherrschende Ideologie von einem homogenen Staat mit ethno-türkischer Identität in Frage zu stellen und stattdessen einen multikulturellen und -identitären Diskurs zu fördern. Sie strebt eine inklusive Demokratie an, in der auch Gender-Gleichberechtigung von zentraler Bedeutung sein soll.¹⁴¹ Sichtbar wird dies auch an den HDP-Abgeordneten, von denen 31 % Frauen sind. Damit ist die HDP im Parlament die Partei mit dem höchsten Anteil an Frauen und einer Doppelspitze, die die Gender-Parität des Parteiprogramms unterstreichen soll.¹⁴²

Zum Parteiprogramm gehört auch die Strategie der so bezeichneten „*Türkiyelileşme*“, der Umwandlung in eine Bewegung, die die gesamte Türkei repräsentieren soll.¹⁴³ Zu diesem Zweck hat die HDP neben einer Anzahl von türkischen Linken auch Vertreter und Vertreterinnen unterschiedlicher Minderheiten in ihren Reihen.¹⁴⁴ Die Partei vermeidet es, sich ausschließlich als kurdische Partei darzustellen, obwohl die Mehrheit der Parteimitglieder kurdischer Herkunft sind und die Partei den Kurdenkonflikt als Priorität betrachtet.¹⁴⁵ Eine weitere zentrale Forderung der HDP ist laut Parteiprogramm die Etablierung einer neuen, demokratischeren Verfassung, die das parlamentarische System stärken und die Rechte von Bürgern und Bürgerinnen sichern soll. Die neue Verfassung soll Pluralismus und Multikulturalismus durch die Anerkennung und den Schutz von ethnischer, sprachlicher und religiöser Vielfalt in der Türkei gewährleisten.¹⁴⁶ Zusätzlich soll die neue Verfassung laut Parteiprogramm Lösungsstrategien für den Kurdenkonflikt enthalten und die Rechte von

¹³⁴ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Aydın, Yaşar: Partei Demokratischer Regionen (DBP). Demokratik Bölgeler Partisi, 19.02.2018

¹³⁷ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84

¹³⁸ Eine genauere Beschreibung des Konzepts erfolgt in Kapitel 1.7.

¹³⁹ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84; Human Rights Watch: Turkey. Crackdown on Kurdish Opposition, 20.03.2017; Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021

¹⁴⁰ HDP-Parteiprogramm, zitiert in: Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 263

¹⁴¹ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 147

¹⁴² Aydın, Yaşar: Demokratische Partei der Völker (HDP). Halkların Demokratik Partisi, 19.02.2018

¹⁴³ Heinrich-Böll-Stiftung: Turkey's Newest Party. Understanding the HDP, 27.10.2015; Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84

¹⁴⁴ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 23-24

¹⁴⁵ Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, 2019, S. 84

¹⁴⁶ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 263

Minderheiten in der Türkei schützen. Zu diesem Zweck befürwortet die HDP ebenfalls das Konzept der „demokratischen Autonomie“, der Dezentralisation durch autonome und selbstverwaltete, lokale und regionale Verwaltungen.¹⁴⁷

Die HDP hat zum größten Teil eine kurdische, mittelständische Wählerbasis im Südosten der Türkei, wird aber auch landesweit in vielen Großstädten mit kurdischer Population gewählt.¹⁴⁸ Auch in der Mobilisierung von kurdischen Frauen zeigte sich die HDP durch ihre gender-paritätische Politik erfolgreich.¹⁴⁹ Zudem gelang es ihr innerhalb der kurdischen Wählerschaft einen Großteil junger Menschen für sich zu gewinnen.¹⁵⁰ Laut einer Wahlanalyse der Parlamentswahl vom Juni 2015 durch die Organisation Konda Research and Consultancy wurden 87 % der Wählerschaft als kurdisch-, neun % als türkisch- und ein % als arabischstämmig definiert. Zudem wählten 12 % der Aleviten und Alevitinnen in der Türkei die HDP.¹⁵¹ Einer qualitativen Studie zufolge, wird die Partei durch die Mehrheit kurdischer Clan-Mitglieder und ca. die Hälfte der kurdischen, sunnitischen Muslime unterstützt.¹⁵²

2.4. Beziehung zwischen HDP und PKK

Die demokratische Ausrichtung der HDP wird durch ihre politischen Gegner in der Türkei sowie regierungsnahen Medien aufgrund mutmaßlicher Verbindungen zur PKK in Frage gestellt und als Grund für das repressive Vorgehen gegen ihre Mitglieder genutzt.¹⁵³ Staatspräsident Erdoğan und andere Regierungsvertreter bezeichnen die HDP nach wie vor als PKK-Unterstützung.¹⁵⁴ HDP-Mitglieder und Führung weisen diesen Vorwurf von sich und distanzieren sich von Gewalt.¹⁵⁵ Jedoch grenzt sich die HDP-Führung nicht ausdrücklich von der PKK ab und definiert diese nicht als Terrororganisation. In einem Interview beschrieb der ehemalige HDP-Co-Vorsitzende Selahattin Demirtaş die PKK als gewalttätige Organisation, die aus dem Kurdenkonflikt entstanden sei, bezeichnete jedoch nur ihre Anschläge gegen Zivilisten als Terrorakte.¹⁵⁶ Während bewaffneter Konflikte zwischen der PKK und der türkischen Regierung, rief Demirtaş die PKK zwar zur Einstellung der Gewalt auf, die PKK-Führung gab daraufhin jedoch bekannt, dass eine solche Entscheidung ausschließlich der PKK obliege.¹⁵⁷ In einer Stellungnahme im Kontext von Vorwürfen, die PKK habe die HDP-Strategie während der Friedensinitiativen gelenkt, erklärte Demirtaş, dass er während seiner gesamten politischen Laufbahn nie eine Anweisung von Mitgliedern der PKK erhalten habe.¹⁵⁸

Das Verhältnis zwischen HDP und PKK kann als ambivalent bezeichnet werden. Es gibt Überschneidungen in der sozialen Basis der Parteien und es besteht die Möglichkeit, dass auch persönliche Beziehungen zwischen HDP-Mitgliedern und Personen, die in der PKK aktiv sind, existieren.¹⁵⁹ Es gibt jedoch keine eindeutigen Belege dafür, dass die HDP als politische Front für die PKK agiert.¹⁶⁰ Sowohl führende Mitglieder der HDP, als auch der PKK streiten die Existenz organisatorischer Verbindungen zueinander ab.¹⁶¹ Andererseits hat die HDP-Politik der autonomen, dezentralisierten Verwaltung Bezüge zu Öcalans Ideologie vom demokratischen Konföderalismus.¹⁶² Einige HDP-Abgeordnete besuchten Beerdigungen von PKK-Kämpfern oder skandierten

¹⁴⁷ Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, S. 263

¹⁴⁸ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 101

¹⁴⁹ Ebd., S. 116

¹⁵⁰ Ebd., S. 127

¹⁵¹ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 46 und 84

¹⁵² Ebd., S. 65 und 85

¹⁵³ Aydın, Yaşar: Demokratische Partei der Völker (HDP). Halkların Demokratik Partisi, 19.02.2018

¹⁵⁴ Topçu, Özlem: Neuer Streit um die Kurdenpartei. Was will Erdoğan?, 24.02.2021

¹⁵⁵ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 13

¹⁵⁶ Kreiser, Klaus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, S. 113; Süddeutsche Zeitung: HDP-Politiker Demirtaş. „Wir definieren die PKK nicht als eine Terrororganisation“, 02.09.2016

¹⁵⁷ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 13

¹⁵⁸ Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy, 2018, S. 12

¹⁵⁹ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 25

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Süddeutsche Zeitung: HDP-Politiker Demirtaş. „Wir definieren die PKK nicht als eine Terrororganisation“, 02.09.2016; Kreiser, Klaus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, S. 113; Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy, 2018, S. 12

¹⁶² Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy, 2018, S. 12

„Lang lebe Apo“¹⁶³, als sie aus dem Parlament eskortiert wurden und Vertretende der HDP verwendeten in Reden die gleiche Interpretation des Kurdenkonflikts wie die PKK.¹⁶⁴ In der Vergangenheit forderten Mitglieder der HDP die Regierung dazu auf, die Haftbedingungen von Öcalan zu verbessern.¹⁶⁵ Die PKK, encouragierte ihrerseits ihre Anhängerschaft dazu, bei den Wahlen die HDP zu unterstützen.¹⁶⁶ Auch wenn es keine organisatorische Verbindung zwischen HDP und PKK gibt, sind daher sowohl ideologische Verbindungen, als auch gegenseitige Sympathien zwischen beiden politischen Akteuren deutlich sichtbar.¹⁶⁷

3. Der Friedensprozess und erneute Eskalation

3.1. Der Beginn des Friedensprozesses und die Rolle der AKP

Die EU-Beitritts-Bestrebungen der AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), die 2002 die Regierung übernahm und die autoritären Strukturen kemalistischer Parteien zurückdrängte, veränderte zunächst die politische Situation für Forderungen der kurdischen Bewegung.¹⁶⁸ Die AKP, die eine Hinwendung zu traditionellen und konservativ-islamischen Werten in der Gesellschaft unterstützt, war bemüht, sich durch Reformen, die für den Beitrittsprozess erforderlich waren, pro-westlich und -demokratisch zu zeigen.¹⁶⁹ Auf diese Weise konnte sie ihre Machtposition gegenüber der säkulären, militärischen Elite festigen, die den islamischen Diskurs in der Politik als größte Bedrohung für ihre Machtstellung wahrnahm. Durch die Unterstützung der demokratischen Reformen schwächte die AKP die säkular-militärische Elite und gewann gleichzeitig – auch seitens der USA und europäischer Länder – zunehmend politische Legitimität.¹⁷⁰

Teil der AKP-Strategie für mehr Demokratie war die Annäherung an Belange von Kurden und Kurdinnen, die zudem einen wichtigen Teil der AKP-Wählerschaft ausmachten.¹⁷¹ Der islamische Diskurs der AKP, der insbesondere religiöse Bevölkerungsanteile ansprach, die pro-kurdischen Demokratisierungsreformen zwischen 2002 und 2004 sowie das Versprechen zukünftiger Rechtsreformen zugunsten von Kurden und Kurdinnen in der Türkei, generierten während der 2000er Jahre breite Unterstützung von kurdischen Wählern.¹⁷² Die AKP nutzte religiöse Netzwerke in kurdischen Regionen sowie Verbindungen zu einflussreichen kurdischen Clans und nahm prominente Kurden und Kurdinnen in die Partei auf, um ihre kurdische Wählerbasis zu vergrößern und zu verfestigen.¹⁷³ Anders als vorherige Regierungen, erkannte die AKP die kurdische Identität und Sprache an und schaffte in diesem Zusammenhang einige Restriktionen ab, darunter Verbote, die kurdische Sprachen, Medien und kurdische Namensgebung betrafen.¹⁷⁴ Zudem zeigte sich die Regierung 2005 durch eine Rede des damaligen Premierministers Erdoğan in Diyarbakir, der Stadt mit der größten kurdischen Bevölkerung im Land, zum ersten Mal offen für Verhandlungen im Kurdenkonflikt.¹⁷⁵ Im Kontext dieser Öffnung gegenüber kurdischen Belangen fanden zwischen 2009 und 2011 zunächst geheime Friedensgespräche zwischen

¹⁶³ „Apo“ wurde in diesem Kontext als Kurzform des Namens Abdullah genutzt und ist eine Anspielung auf Abdullah Öcalan. Vgl. Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: *The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy*, 2018, S. 12

¹⁶⁴ Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: *The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy*, 2018, S. 12

¹⁶⁵ Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S. 25

¹⁶⁶ Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: *The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy*, 2018, S. 12

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Fend, Walter-Josef: *Kurdish political parties in Turkey*, 2015, S. 53; Kaya, Zeynep N.: *Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism*, 2020, S. 148

¹⁶⁹ Gürbüz, Mustafa: *Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict*, 2016, S. 60

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Gürbüz, Mustafa: *Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict*, 2016, S. 60.; Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S. 37

¹⁷² Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S.37; Gürbüz, Mustafa: *Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict*, 2016, S. 61

¹⁷³ Gunes, Cengiz: *The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society*, 2021, S. 37

¹⁷⁴ Fend, Walter-Josef: *Kurdish political parties in Turkey*, 2015, S. 53; Gürbüz, Mustafa: *Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict*, 2016, S. 56

¹⁷⁵ Özkan, Mehmet: *Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia*, 2018, S. 92

Regierungsvertretenden und Vertretenden der PKK in Oslo statt.¹⁷⁶ Diese Verhandlungen wurden jedoch 2011 aufgrund einer erneuten Gewalteskalation zwischen PKK-Milizen und dem Militär eingestellt.¹⁷⁷

Im Dezember 2012 folgten offizielle Friedensgespräche, die jedoch im Juli 2015 erneut abgebrochen wurden. An den Friedensgesprächen waren der Leiter des türkischen Geheimdienstes MİT (*Millî İstihbarat Teşkilatı*, nationale Nachrichtendienstorganisation), der Staatssekretär für öffentliche Ordnung und Sicherheit, der inhaftierte Abdullah Öcalan sowie Vertretende der Oppositionspartei HDP, die eine Vermittlerfunktion übernahmen, beteiligt.¹⁷⁸ Ein erster Erfolg stellte sich 2013 ein, als Öcalan die PKK zu einem weiteren Waffenstillstand und zum Rückzug von türkischem Territorium aufforderte. Die Parteiführung kam der Aufforderung nach und der Rückzug begann im März 2013, kam jedoch im September 2013 zum Erliegen, da die PKK-Führung die Regierung verdächtigte, den Waffenstillstand in der Region zur Verstärkung und zum Ausbau von Militärstützpunkten und -anlagen zu nutzen, während keine neue Erweiterung der kulturellen Rechte von Kurdinnen und Kurden erfolgt war.¹⁷⁹ Auch Empfehlungen des „Rats der Weisen“, einer von der Regierung eingesetzten Beratergruppe, die eine Unterstützung der Selbstverwaltung von Gemeinden vorschlug, wurden von der Regierung nicht umgesetzt.¹⁸⁰ Als PKK-Milizen aus der irakischen Grenzregion zurückkehrten und die PKK ihre Netzwerkaktivitäten in städtischen Gebieten im Südosten wieder aufnahm, erzeugte dies auch seitens der türkischen Regierung Misstrauen. Hinzu kam, dass trotz des Waffenstillstands weder die PKK noch die türkische Regierung vollständig auf den Einsatz von Gewalt verzichtete.¹⁸¹ Willkürliche Gewaltausbrüche und die beidseitige Unwilligkeit vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen, behinderten Übereinkünfte.¹⁸²

Ein sogenanntes „Demokratie-Paket“ der Regierung wurde erst im Kontext der Kommunal- und Präsidentschaftswahlen 2014 verabschiedet. Die AKP versuchte mit der Einführung dieser Reformen – im Zusammenhang mit den Gezi-Protesten von 2013 – gegenüber oppositioneller Kritik an der zunehmend autoritären Regierung, Entgegenkommen zu zeigen.¹⁸³

Die Gezi-Proteste waren im Mai 2013 im Gezi-Park im Taksim-Viertel in Istanbul ausgebrochen und hielten monatelang an.¹⁸⁴ Der Protest, der zunächst als Demonstration gegen die Zerstörung des Parks begann, wurde durch die Polizei gewaltsam niedergeschlagen. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende sowie die repressive Haltung des Staatspräsidenten und anderer Regierungsvertreter, führten zur landesweiten Ausweitung der Proteste, die sich infolgedessen gegen Polizeigewalt, Pressezensur sowie die Verletzung des Rechts auf Versammlungsfreiheit richteten.¹⁸⁵ Während der Demonstrationen kam es zu mehreren Todesfällen, es wurden über 8.000 Menschen verletzt und mehr als 4.900 Demonstrierende verhaftet.¹⁸⁶ Im Nachgang der Proteste kam es monatelang zu weiteren Verhaftungen wegen mutmaßlicher Anstiftung oder Beteiligung an den Protesten. Zudem wurde gegen Beschuldigte im Rahmen des Anti-Terror-Gesetzes ermittelt.¹⁸⁷

Das 2014 verabschiedete Demokratie-Paket, enthielt eine Reihe von Reformen, darunter einige, die auf die Belange von Kurdinnen und Kurden eingingen. Dazu gehörten die Abschaffung des Verbots zur Nutzung von nicht-türkischen Sprachen bei Wahlkämpfen sowie das Verbot zur Nutzung des kurdischen Alphabets und

¹⁷⁶ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 148; Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 92;

¹⁷⁷ Waldman, Simon A./ Caliskan, Emre: The Peace Process that Never Was: Turkey and the PKK, 03.08.2015

¹⁷⁸ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 41-42

¹⁷⁹ Ebd., S. 42

¹⁸⁰ Der „Rat der Weisen“ war die Bezeichnung von regionalen Arbeitsgruppen in unterschiedlichen Teilen der Türkei, bestehend aus einflussreichen und populären Personen, die von der Regierung aufgestellt wurden, um öffentliche Unterstützung für den Friedensprozess zu generieren. Vgl.: Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 42

¹⁸¹ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, S. 786

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 42-43

¹⁸⁴ Amnesty International: Gezi Park Protests. Brutal Denial of the Right to Peaceful Assembly in Turkey, 2013, S. 5-6

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Ebd., S. 6-7

¹⁸⁷ Ebd., S. 7

nicht-türkischer Ortsnamen. Zudem wurde die Schulbildung in der Muttersprache in Privatschulen gestattet.¹⁸⁸ Auf zentrale Forderungen von HDP und PKK, die das Recht auf staatliche Schulbildung in kurdischen Sprachen oder die Stärkung von Lokalverwaltungen betrafen, wurde nicht eingegangen.¹⁸⁹ Auch auf Forderungen deren Notwendigkeit insbesondere im Nachgang der Gezi-Proteste deutlich wurden, wie eine Beschränkung der Untersuchungshaft oder eine genauere Definition der im Anti-Terror-Gesetz vage formulierten und weit auslegbaren Begriffe „terroristische Organisation“ und „terroristischer Propaganda“ wurden nicht erwähnt.¹⁹⁰ Im Ergebnis kam es zu einer Stagnation im Friedensprozess und die PKK-Führung erklärte die Friedensgespräche für beendet, auch wenn der beidseitig erklärte Waffenstillstand zunächst bestehen blieb.¹⁹¹

Die Entwicklungen verdeutlichten die gegensätzlichen Interessen der Konfliktparteien. Die türkische Regierung lehnte nicht nur die zentralen Forderungen kurdischer Akteure und Akteurinnen ab, sondern betrachtete die Reformen als ausreichendes Zugeständnis gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Im Gegenzug forderte sie neben dem Rückzug auch die komplette Abrüstung der PKK innerhalb und außerhalb der Türkei, ohne weitere Kompromissvorschläge anzubieten.¹⁹² Öcalan, die PKK-Führung, aber auch die HDP und kurdische Zivilakteure und -akteurinnen forderten hingegen die Anerkennung der kurdischen Identität in der Verfassung, einen Ausbau der lokalen und regionalen Selbstverwaltung sowie ein Recht auf Erziehung in kurdischen Sprachen durch das staatliche Schulsystem.¹⁹³ Die PKK-Führung forderte zudem die Abschaffung des Dorfwächter-Systems, die Auflösung von Spezialeinheiten innerhalb des Sicherheitsapparats der Türkei, die Freilassung Öcalans und weiterer politischer Gefangener sowie die Demokratisierung nach Öcalans Modell der konföderalen Demokratie anhand einer Dezentralisierung des Staates.¹⁹⁴

3.2. Die Regionalisierung des Konfliktes und das Verhältnis zwischen PKK und PYD/YPG

Forderungen und Ansprüche beider Seiten blockierten den Friedensprozess. Ein Abbruch der Verhandlungen drohte schließlich, als im Oktober 2014 die Terrororganisation IS die syrische Stadt Kobane mit einer mehrheitlich kurdischen Bevölkerung, an der Grenze zur Türkei angriff.¹⁹⁵ Die YPG (*Yekîneyên Parastina Gel*, Volksverteidigungseinheiten), der militärische Arm der kurdisch-syrischen Partei PYD (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, Demokratische Unionspartei) – die in Assoziation mit der PKK steht – verteidigte Kobane gegen den IS mit Unterstützung der USA und der autonomen Region Kurdistan im Irak.¹⁹⁶ Als die türkische Regierung die militärische Unterstützung der Stadt und die Öffnung eines Hilfskorridors verweigerte, eskalierte die Situation. Die PKK-Führung signalisierte den Abbruch der Friedensgespräche, falls Kobane eingenommen werden sollte.¹⁹⁷ Es kam zu landesweiten Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, die innerhalb weniger Tage zu 51 Toten führten.¹⁹⁸ Diese Reaktionen belegten die Abhängigkeit des Friedensprozesses von Entwicklungen in der kurdischen Region des Nachbarstaats Syrien und verdeutlichten die Regionalisierung des Kurdenkonflikts.¹⁹⁹ Ein Faktor dafür ist die Beziehung zwischen der PKK und der YPG, die von der türkischen Regierung aus sicherheitspolitischer Perspektive als syrischer Teil der PKK betrachtet und ebenfalls als terroristische Organisation eingestuft wird.²⁰⁰

Die YPG ist der militärische Arm der PYD, die 2003 aus linken Strömungen der kurdischen Jugendbewegung entstand. Die PYD ist die größte kurdische Partei in Syrien und etablierte während des Bürgerkriegs im Norden

¹⁸⁸ Özbudun, Ergun: The Turkish "Democratization Package", 15.10.2013

¹⁸⁹ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 43; Özbudun, Ergun: The Turkish "Democratization Package", 15.10.2013

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Özbudun, Ergun: The Turkish "Democratization Package", 15.10.2013; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 42

¹⁹² Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 95; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 50

¹⁹³ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 50

¹⁹⁴ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 50; Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 95

¹⁹⁵ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 43

¹⁹⁶ Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, 2015, S. 84

¹⁹⁷ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 43

¹⁹⁸ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 786

¹⁹⁹ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 44

²⁰⁰ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 786

des Landes 2012 eine *de facto* autonom verwaltete Region, die zunächst als Rojava und seit 2016 als Demokratische Föderation Nordsyrien bezeichnet wird.²⁰¹ Durch ihren Widerstandskampf gegen den IS konnte die PYD zudem internationale Unterstützung gewinnen und wird – im Unterschied zur PKK – weder von der EU noch den USA als terroristische Organisation gelistet.

Es existieren diverse Darstellungen zur Entstehung der PYD. Entweder wurde die Partei durch die PKK zu ihrer lokalen Unterstützung in Syrien gegründet, oder durch syrische Kurdinnen und Kurden gebildet, die mit der PKK-Ideologie sympathisierten.²⁰² Verschiedene Fakten sprechen für beide Darstellungen. Es gibt ideologische Verbindungen zwischen PYD und PKK, die sich in einem Personenkult um Öcalan, sowie Narrativen und Symbolen zeigen, zudem unterstützte die PKK aktiv die Gründung der Partei.²⁰³ Auch ihre militärischen Strukturen in der YPG und YPJ (*Yekîneyên Parastina Jin*, Frauenverteidigungseinheiten) sind nach dem Vorbild der PKK organisiert.²⁰⁴ Zusätzlich existieren personelle Verbindungen, insbesondere in der YPG, deren Gründung durch ca. 1.000 PKK-Kämpfer unterstützt wurde, denen sich weitere PKK-Angehörige während der Belagerung von Kobane anschlossen.²⁰⁵ Die PYD selbst bestätigt zwar, dass auch ehemalige PKK-Kämpfer zu ihren Einheiten gehören, betont jedoch, dass diese keine strukturelle Verbindung zur PKK haben und dem YPG-Kommando unterstehen.²⁰⁶

Das Entstehen der kurdischen Autonomie in Nordsyrien wurde von der türkischen Regierung als Bedrohung der staatlichen Einheit und territorialen Integrität der Türkei wahrgenommen.²⁰⁷ Die Befürchtung, die kurdische Selbstverwaltung in Syrien könne die kurdische Bevölkerung in der Türkei beeinflussen, ebenfalls eine Autonomie oder erneut einen eigenen Staat anzustreben, wurde durch den militärischen Erfolg der YPG gegen den IS verstärkt.²⁰⁸ Die Verbindungen zwischen PKK und PYD bestärkten die türkische Regierung darin, letztere als zweite Basis der PKK in Syrien zu betrachten.²⁰⁹ Aus Sicht der Türkei ermöglicht diese Basis der PKK, die Region für Angriffe zu nutzen und ihren Einfluss als Regionalakteur zu vergrößern. In diesem Kontext wurde die Verbindung von PKK und PYD sowie YPG als direkte Gefahr für die nationale Sicherheit betrachtet.²¹⁰

Die Militäroffensiven gegen die YPG in Nordsyrien, die bereits 2016 mit der türkischen Besetzung von Gebieten zwischen Kobane und Afrin zur Verhinderung der Zusammenlegung der kurdisch-kontrollierten Gebiete begonnen hatten, wurden 2018 mit der „Operation Olivenzweig“, 2019 mit der „Operation Friedensquelle“, 2020 unter dem Namen „Frühlingsschild“ weitergeführt und forderten eine hohe Anzahl von zivilen Opfern. Personen, die die türkische Militäroffensive in Nordsyrien kritisierten, wurden verhaftet.²¹¹

3.3. Das Scheitern des Friedensprozesses und der Putschversuch 2016

Trotz der Eskalationen, die der Angriff des IS auf Kobane ausgelöst hatte, wurden die Friedensgespräche 2015, auch im Kontext der bevorstehenden Parlamentswahlen, wieder aufgenommen.²¹² Eine gemeinsame Agenda konnte in der Dolmabahçe-Erklärung²¹³ im Februar 2015 erreicht werden. Durch die in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Regierungsvertretenden und HDP-Abgeordneten verlesenen Erklärung, wurden zehn

²⁰¹ Kreitewolf, Stefan: Rojava. Zwischen Staat und Parastaat, 2018, S.7; Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 150-151

²⁰² Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 151

²⁰³ Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, in: The SAIS Review of International Affairs, Bd. 35, Nr. 2, 2015, S. 83

²⁰⁴ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 151

²⁰⁵ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 151-152; Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, in: The SAIS Review of International Affairs, Bd. 35, Nr. 2, 2015, S. 83; Kreitewolf, Stefan: Rojava. Zwischen Staat und Parastaat, 2018, S.7

²⁰⁶ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 152

²⁰⁷ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 787

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, 2015, S. 87

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Freedom House: Freedom in the World 2020. Turkey, 2020; Deutsche Welle: Syrien-Krieg. Türkisch-syrischer Konflikt spitzt sich zu, 01.03.2020; Zeit Online: Nordsyrien. Türkei beginnt Offensive gegen Kurden, 09.10.2019; Bundeszentrale für politische Bildung: „Operation Olivenzweig“. Türkische Militäroffensive gegen kurdische Milizen in Nord-Syrien, 26.01.2018

²¹² Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 44

²¹³ Benannt nach dem Dolmabahçe-Palast in Istanbul, dem Sitz des Ministerpräsidenten, in dem die Erklärung am 28.02.2015 verlesen wurde. Vgl. Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 44

Hauptpunkte für die Verhandlung eines offiziellen Friedensabkommens vereinbart.²¹⁴ In einer weiteren Erklärung, die im März 2015 in Diyarbakir verlesen wurde, forderte Öcalan die PKK auf, einen Kongress abzuhalten, um den bewaffneten Konflikt einzustellen und demokratische Lösungen für den Frieden zu finden.²¹⁵ Seitens der Regierung forderte er dafür die Akzeptanz der Zehnpunkte-Erklärung als Rahmenbedingung für Verhandlungen sowie die Etablierung eines Komitees von Beobachtern und einer „Wahrheitskommission“, bestehend aus Abgeordneten des Parlaments und des Beobachterkomitees für den Friedensprozess.²¹⁶ Die zunehmende Popularität der HDP, die den Wahlerfolg der AKP in der kurdischen Wählerschaft gefährdete sowie außenpolitische Entwicklungen in Irak und Syrien änderten die politische Situation.²¹⁷ Eine parlamentarische Mehrheit der AKP sollte eine Verfassungsänderung ermöglichen, die die Einführung des Präsidialsystems sichern sollte.²¹⁸ Um den Verlust konservativer und nationalistischer Wählerschaft zu verhindern, lehnte Erdoğan, der bereits 2014 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, öffentlich die Dolmabahçe-Erklärung ab.²¹⁹ Zudem wurde der Friedensprozess, der durch die ablehnende Haltung des Staatspräsidenten erneut stagnierte, durch die Verabschiedung neuer Sicherheitsreformen im März 2015 weiter gefährdet. Das Sicherheitspaket enthielt Reformen, die die Befugnisse staatlicher Sicherheitskräfte erweiterten; u.a. wurde der Polizei gestattet, während Demonstrationen mit scharfer Munition zu schießen²²⁰ und festgenommene Demonstranten bis zu 48 Stunden ohne rechtlichen Beistand festzuhalten.²²¹

Die Unterstützung kurdischer Wählerinnen und Wähler für die AKP war seit 2013 kontinuierlich gesunken, wie auch das Wahlergebnis der Parlamentswahl im Juni 2015 verdeutlichte.²²² Bei früheren Wahlen war die AKP bestrebt, sich als eine Partei zu profilieren, die einen moderaten und anerkennenden Ansatz für die Aufnahme kurdischer Forderungen in die politische Agenda verfolgte. Sie stellte sich als Urheber der Demokratisierungsreformen sowie des Friedensprozesses dar, der in der kurdischen Wählerschaft deutlichen Anklang fand.²²³

Das Verhältnis der Konfliktparteien im Friedensprozess, aber auch zwischen AKP und kurdischer Wählerschaft verschlechterte sich weiter, als Erdoğan und weitere Repräsentanten der AKP im Wahlkampf eine Diffamierungskampagne gegen die HDP begannen, die auch durch regierungsnahen Medien gestützt wurde.²²⁴ Wahlkampf büros der HDP wurden Ziel gewaltsamer Angriffe, von denen zumindest einige aktiv von der AKP geplant wurden.²²⁵ Die weitere Polarisierung des politischen Klimas mündete im Juni 2015 in einem Bombenanschlag auf eine HDP-Wahlkampfveranstaltung in Diyarbakir.²²⁶

Die zunehmende Opposition gegen den Sozialkonservatismus und die Wirtschaftspolitik der AKP, das Vorgehen der Partei gegen abweichende Meinungen und die Mobilisierung von Oppositionsgruppen stellten das weitere Interesse der AKP am Demokratisierungskurs in Frage.²²⁷ Die Bestrebungen der Partei, ihre Macht durch die Etablierung eines Präsidialsystems weiter zu verfestigen, alarmierte zudem einen Teil der Wählerschaft und führte in der Wahl zur breiteren Unterstützung für die HDP, auch um eine parlamentarische

²¹⁴ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 2

²¹⁵ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 44

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 2; Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 95

²¹⁸ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 41

²¹⁹ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 786; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 50; Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 95; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 2; Human Rights Watch: World Report 2015. Turkey. Events of 2014, 2015

²²⁰ Alyanak, Oguz: No more popular protests? Reflections on Turkey's Domestic Security Bill, 14.03.2015; Hürriyet Daily News: Explained. Turkey's controversial security bill, 21.02.2015

²²¹ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 45

²²² Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 41

²²³ Ebd.

²²⁴ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 45; Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 41

²²⁵ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 10

²²⁶ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 45

²²⁷ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 41

Mehrheit der AKP – und somit die Verfassungsänderung für das Präsidialsystem – zu verhindern.²²⁸ Die Skepsis gegen ein Präsidialsystem mit exekutiven Machtbefugnissen sowie die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung, ermöglichten es der HDP sich als die Partei zu positionieren, die weitere Eingrenzung demokratischer Institutionen in der Türkei durch die AKP aufhalten könnte.²²⁹ Infolgedessen gelang es der HDP in den Parlamentswahlen im Juni 2015 mit 13,1 % der Wahlstimmen erstmalig die Zehnprozenthürde zu überwinden und mit 80 Mandatssitzen ins Parlament einzuziehen.²³⁰ Wahlerfolge verzeichnete die HDP insbesondere im Südosten der Türkei, wo sie in einigen Provinzen mehr als 70 %, in den Provinzen Hakkari und Şırnak sogar mehr als 85 % der Wahlstimmen gewann.²³¹ Ebenso zeigte sich die Partei in Istanbul erfolgreich; dort konnte die HDP über eine Million Wahlstimmen gewinnen und wurde mit 11 Parlamentssitzen zur drittgrößten Partei der Provinz. Auch in den Großstädten Adana, Ankara, Bursa und Antalya war die HDP erfolgreich und gewann dort jeweils zwischen ca. 90.000 und 180.000 Stimmen.²³²

Das Wahlergebnis im Juni 2015 erzeugte eine Pattsituation im Parlament und die AKP, die ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatte, war nicht in der Lage eine Koalitionsregierung zu formen.²³³ Dies führte zu einer zweiten Parlamentswahl im November 2015.²³⁴ Bereits kurze Zeit nach der Wahl im Juni 2015 war die HDP zunehmend staatlichen Repressionen ausgesetzt. Die AKP stellte pro-kurdische politische Aktivitäten als Gefährdung der nationalen Sicherheit dar und ging gegen kurdische Aktivisten und Aktivistinnen sowie andere Oppositionelle und unabhängige Medien vor.²³⁵ Die Verschärfung der Gewalt im Konflikt zwischen der PKK und den staatlichen Sicherheitskräften in den mehrheitlich kurdischen Gebieten der Türkei führte zudem zu einer Zunahme von gewalttätigen Übergriffen türkischer Nationalisten gegen die HDP.²³⁶ Trotz der Repression und Einschränkungen ihrer Aktivitäten gelang der HDP im November erneut mit 10,75 % der Wahlstimmen sowie 59 Mandatssitzen der Einzug ins Parlament, in dem sie drittgrößte Partei wurde. Die AKP gewann mit 49 % der Stimmen die Wahl und erreichte damit eine parlamentarische Mehrheit.²³⁷

Neben den Wahlverlusten der AKP belasteten zudem die militärischen Erfolge der YPG und YPJ in Syrien den Friedensprozess und vergrößerten die Spannungen zwischen den Konfliktparteien.²³⁸ Dem militärischen Flügel der PYD war es im Juni 2015 mit US-Unterstützung gelungen die Stadt Tall Abyad in Nordsyrien vom IS zu befreien und damit eine geographische Verbindung zwischen den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten von Cezire und Kobane mit Tall Abyad herzustellen. Die türkische Regierung befürchtete, dass durch die Zusammenlegung der *de facto* autonomen Regionen ein Kurdenstaat an der Grenze zur Türkei entstehen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auch die militärische Allianz zwischen den USA und der YPG/YPJ und die Möglichkeit der internationalen Anerkennung der Autonomiegebiete als Gefahr wahrgenommen.²³⁹ Erfolge der PKK, die im Nordirak ihre Präsenz auf die Region Sinjar ausweiten konnte, verursachten weitere Sicherheitsbedenken.²⁴⁰

Das Ende des Friedensprozesses wurde schließlich durch einen Terroranschlag in Suruç an der türkisch-syrischen Grenze ausgelöst, bei dem 32 Menschen ums Leben kamen und über 70 Menschen verletzt wurden.²⁴¹ Der Anschlag wurde am 20. Juli 2015 durch einen mutmaßlichen IS-Selbstmordattentäter während einer Veranstaltung der pro-kurdischen Federation of Socialist Youth Associations (FSYA) vor dem Amara

²²⁸ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 42
²²⁹ Ebd.

²³⁰ Ebd., S. 45

²³¹ Ebd.

²³² Ebd., S. 46

²³³ International Crisis Group: Turkey's Election Reinvigorates Debate over Kurdish Demands, 13.06.2018, S. 2

²³⁴ Human Rights Watch: World Report 2016. Turkey. Events of 2015, 2016

²³⁵ Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, 2020, S. 148; Human Rights Watch: World Report 2016. Turkey. Events of 2015, 2016

²³⁶ Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 48

²³⁷ Human Rights Watch: World Report 2016. Turkey. Events of 2015, 2016; Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 48

²³⁸ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 45

²³⁹ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 787; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 45

²⁴⁰ Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, 2020, S. 787

²⁴¹ Süddeutsche Zeitung: Der Terror begann in Suruç, 29.06.2016

Kulturzentrum in Suruç verübt.²⁴² Er traf eine Gruppe pro-kurdischer Aktivisten und Aktivistinnen, die planten nach Syrien zu reisen, um sich am Wiederaufbau der kurz zuvor durch kurdische Kräfte vom IS befreiten, syrischen Stadt Kobane zu beteiligen.²⁴³ Der Bombenanschlag von Suruç markierte einen Wendepunkt in der türkischen Außenpolitik gegenüber terroristischen Organisationen, insbesondere dem IS und der PKK: Als Reaktion auf den Anschlag in Suruç führte das türkische Militär erstmals Luftangriffe gegen IS-Stützpunkte aus und erlaubte US-Streitkräften die Nutzung der Luftwaffenstützpunkte in Incirlik, Diyarbakir und Malatya, um gegen den IS zu operieren.²⁴⁴ Gleichzeitig beendete der Terroranschlag von Suruç den Waffenstillstand mit der PKK und verursachte eine neue Welle von Gewalt im Südosten der Türkei.²⁴⁵ Die PKK machte nicht nur den IS, sondern auch die türkische Regierung für den Anschlag verantwortlich. Sie warf der Regierung vor, die Veranstaltung der FSYA in Suruç nicht ausreichend geschützt zu haben und beschuldigte sie daher mit dem IS zu kollaborieren.²⁴⁶ Zwei Tage nach dem Terroranschlag töteten PKK-Anhänger zur Vergeltung zwei Polizisten, die sie verdächtigten, mit dem IS in Verbindungen zu stehen.²⁴⁷ Die türkische Regierung reagierte darauf mit Luftangriffen gegen PKK-Stützpunkte im Irak und ließ Hunderte von Kurden und Kurdinnen verhaften, die verdächtigt wurden, Mitglieder der PKK zu sein. Es folgten Terroranschläge der PKK auf türkisches Sicherheitspersonal sowie seitens der Regierung weitere Luftangriffe auf PKK-Stützpunkte. Allein im Zeitraum von Juli bis September 2015 wurden Dutzende von Zivilisten und Hunderte von türkischen Soldaten sowie PKK-Kämpfern getötet.²⁴⁸

Die AKP-Regierung nutzte den erneuten Konflikt mit der PKK um die HDP ins politische Abseits zu drängen. Dabei wurde die relativ vage gesetzliche Definition des Terrorismusbegriffs zur strafrechtlichen Verfolgung von HDP-Abgeordneten und -Unterstützern verwendet.²⁴⁹ In diesem Zusammenhang setzte die Regierung im Mai 2016 aufgrund von Terrorismusvorwürfen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von 148 Abgeordneten durch, darunter 53 HDP-Abgeordnete, gegen die Ermittlungsverfahren eröffneten wurden.²⁵⁰ Eine weitere Eskalation der politischen Situation erfolgte, nachdem Teile des türkischen Militärs am 15. Juli 2016 versuchten, einen Putsch gegen die Regierung durchzuführen.²⁵¹

Seitens der Regierung wird für den Putschversuch die *Hizmet*²⁵²-Bewegung, die durch den Prediger Fethullah Gülen gegründet wurde, verantwortlich gemacht.²⁵³ Doch die Identität der Putschisten konnte nicht vollständig geklärt werden. Aus einem Bericht der Deutschen Welle geht hervor, dass bisher keine eindeutigen Beweise für eine Verwicklung der Gülen-Bewegung in den Putschversuch vorliegen.²⁵⁴ Der versuchte Staatsstreich, bei dem durch den Einsatz von Soldaten, Panzern und Militärhubschraubern, neben Parlament und Polizeistationen auch Zivilisten zu Schaden kamen, starben mindestens 241 Personen und mehr als 2.100 Personen wurden verletzt.²⁵⁵ In der Folge verhängte die Regierung den Ausnahmezustand, der von Juli 2016 bis Juli 2018 anhielt. Gegen die Gülen-Bewegung, die in der Türkei seit 2015 als terroristische Organisation gelistet ist, wurde mit Härte vorgegangen. Die Bewegung wird vom türkischen Staat und türkischen Medien als FETÖ (*Fethullahçı*

²⁴² Zeldin, Wendy: Turkey. Counterterrorism and Justice, The Law Library of Congress, September 2015, S. 6; BBC News: Suruc massacre. At least 30 killed in Turkey border blast, 20.07.2021

²⁴³ Brunnenberg, Anne: Domestic Politics and the Decision-Making Process in Turkish Foreign Policy. A Case Analysis of AKP's Strategy in Response towards the Islamic State, 2018, S.9

²⁴⁴ Ebd., S. 55

²⁴⁵ Human Rights Watch: World Report 2016. Turkey. Events of 2015, 2016; Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, 2018, S. 92; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 22

²⁴⁶ Hähnlein, Rayk: Militärisch unlösbar. Die jüngste Eskalation im Konflikt zwischen Kurden und dem türkischen Staat, 14.04.2018

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Brunnenberg, Anne: Domestic Politics and the Decision-Making Process in Turkish Foreign Policy. A Case Analysis of AKP's Strategy in Response towards the Islamic State, 2018, S.44

²⁴⁹ International Crisis Group: Turkey's Election Reinvigorates Debate over Kurdish Demands, 13.06.2018, S. 3; Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 47

²⁵⁰ Human Rights Watch: World Report 2017. Turkey. Events of 2016, 2017

²⁵¹ Holland Kinney, Drew: Civilian Actors in the Turkish Military Drama of July 2016, 19.09.2016, S. 1

²⁵² Hizmet-Bewegung ist die Selbstbezeichnung der Gruppenmitglieder. Der Begriff „Hizmet“ stammt aus dem Türkischen und bedeutet „Dienst“. Vgl. Köhne, Gunnar/Siefert, Volker: Die Gülen-Bewegung. Neues Zentrum "Almanya", 13.07.2018

²⁵³ Köhne, Gunnar/Siefert, Volker: Die Gülen-Bewegung. Neues Zentrum "Almanya", 13.07.2018

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Holland Kinney, Drew: Civilian Actors in the Turkish Military Drama of July 2016, 19.09.2016, S. 1; Human Rights Watch: World Report 2017. Turkey. Events of 2016, 2017; Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, März 2021

Terör Örgütü, Fethullahistische Terrororganisation) sowie PYD (*Paralel Devlet Yapılanması*, Parallele Staatsstruktur) bezeichnet.²⁵⁶

Notstandsmaßnahmen, die sich offiziell hauptsächlich gegen Mitglieder der Gülen-Bewegung richteten, wurden auch gegen Oppositionelle, unabhängige Medienunternehmen und NGOs angewandt.²⁵⁷ Allein während des Ausnahmezustands wurden ca. 220.000 Personen verhaftet, von denen sich auch nach dem Ende des Notstands noch ca. 15.000 in Haft befanden. Zudem unternahm die Regierung sogenannte „Säuberungen“, die bis 2018 zur Entlassung von mehr als 140.000 Personen – darunter ein Fünftel aller Richter und Staatsanwälte in der Türkei – aufgrund ihrer mutmaßlichen Verbindungen zum Gülen-Netzwerk aus dem öffentlichen Dienst führten.²⁵⁸ Das repressive Vorgehen gegen Oppositionelle traf auch den pro-kurdischen Aktivismus mit besonderer Härte. Obwohl die HDP nicht in den Putschversuch involviert war und ihn öffentlich verurteilte, war sie ebenfalls von den Maßnahmen betroffen.²⁵⁹ Per Regierungsdekret wurden gewählte Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sowie Ratsmitglieder in 28 Gemeinden – darunter 24 im Südosten der Türkei – aus ihren Ämtern entlassen und durch staatliche Treuhänder ersetzt.²⁶⁰ Bis 2020 wurden 94 der 102 Stadt- und Gemeindeverwaltungen unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt und mehr als 70 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen wegen Terrorverdachts verhaftet.²⁶¹ Im November 2016 folgte die Verhaftung von 11 HDP-Abgeordneten. Neun der HDP-Abgeordneten, darunter die Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüsekdağ, befinden sich fünf Jahre nach den Geschehnissen noch immer in Haft und es laufen Gerichtsverfahren gegen sie.²⁶² Im Fall von Selahattin Demirtaş ordnete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bereits 2018 die sofortige Freilassung an. Obwohl die Türkei durch ihre Mitgliedschaft im Europarat an das Urteil gebunden ist, wurde es bisher nicht umgesetzt. Ein EGMR-Urteil im Fall von Figen Yüsekdağ steht noch aus.²⁶³

3.4. Aktuelle Entwicklungen

Das politische System der Türkei hat sich mit der Verfassungsreform, die im April 2017 in einem Referendum verabschiedet wurde, geändert. Die Verfassungsreform, die mit einer knappen Mehrheit von 51,4 zu 48,6 % angenommen wurde, etablierte das von der AKP-Regierung angestrebte Präsidialsystem.²⁶⁴ Das Referendum fand während des im Juli 2016 verhängten Notstands statt.²⁶⁵ Im Ausnahmezustand wurde weiter gegen unabhängige Medien vorgegangen, die Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt und es gab vermehrt Berichte von Folter und Fälle von Verschwindenlassen Gefangener.²⁶⁶ Dutzende kurdische Journalisten und Journalistinnen sowie populäre Personen wurden aufgrund ihrer Berichterstattung wegen der mutmaßlichen Verbreitung terroristischer Propaganda oder Verbindungen zur PKK strafrechtlich verfolgt und inhaftiert.²⁶⁷ Zudem wurden weitere HDP-Vertretende und HDP/DBP-Bürgermeister und Bürgermeisterinnen verhaftet und

²⁵⁶ Auswärtiges Amt: 13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30. September 2018, ohne Datum, S. 385; Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, März 2021, S. 37; Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 9

²⁵⁷ Auswärtiges Amt: 13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30. September 2018, ohne Datum, S. 385; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 1

²⁵⁸ Human Rights Watch: World Report 2017. Turkey. Events of 2016, 2017; Auswärtiges Amt: 13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30. September 2018, ohne Datum, S. 385; O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 1

²⁵⁹ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 1

²⁶⁰ Human Rights Watch: World Report 2017. Turkey. Events of 2016, 2017

²⁶¹ Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, 2017, S. 47; Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 24

²⁶² Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, 2021, S. 24; Tagesschau: HDP-Politiker in Ankara vor Gericht. Prozess gegen Demirtaş hat begonnen, 26.04.2021; Human Rights Watch: Turkey. Opposition Politicians Detained for Four Years. Pattern of Politically Motivated Prosecutions. Detentions, 19.11.2020

²⁶³ Human Rights Watch: Turkey. Opposition Politicians Detained for Four Years. Pattern of Politically Motivated Prosecutions. Detentions, 19.11.2020; Tagesschau: HDP-Politiker in Ankara vor Gericht. Prozess gegen Demirtaş hat begonnen, 26.04.2021

²⁶⁴ Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, März 2019, S. 7

²⁶⁵ Human Rights Watch: World Report 2018. Turkey. Events of 2017, 2018

²⁶⁶ O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, 2017, S. 1

²⁶⁷ Human Rights Watch: World Report 2018. Turkey. Events of 2017, 2018

ihre Gemeinden unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt.²⁶⁸ Aufgrund der repressiven Atmosphäre während des Referendums, wurde das Wahlergebnis von internationalen Beobachtern angezweifelt.²⁶⁹

Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 wurde Erdoğan mit einer Mehrheit von etwa 52 % wiedergewählt. Bei den parallel stattfindenden Parlamentswahlen erreichte die AKP in Koalition mit der rechtsextremen MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi*, Partei der Nationalistischen Bewegung) eine parlamentarische Mehrheit.²⁷⁰ Jedoch gelang auch der HDP trotz der Repressionsmaßnahmen mit 11,9 % erneut der Einzug ins Parlament.²⁷¹ Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen fanden laut einem Bericht von Freedom House unter unfairen Bedingungen statt. Sie waren jedoch auch geprägt durch die Berichterstattung der Medien zugunsten der AKP und durch Einschüchterungen, Schikanen und Angriffe auf Kandidaten der Opposition.²⁷²

Die beschlossenen Verfassungsänderungen traten mit der Vereidigung Erdoğan's am 9. Juli 2018 unter dem neuen Präsidialsystem in Kraft.²⁷³ Nur wenige Tage später beendete die türkische Regierung den Ausnahmezustand, doch viele der getroffenen Notstandsmaßnahmen blieben in Form von neuen Gesetzen, die nach dem Ende des Ausnahmezustands verkündet wurden, bestehen.²⁷⁴ Durch das Präsidialsystem wurden die Befugnisse des Staatspräsidenten um exekutive Funktionen deutlich erweitert.²⁷⁵ Der Präsident kann durch das neue System ein Veto gegen Gesetze einlegen, den Regierungshaushalt vorschlagen, das Parlament auflösen und den Ausnahmezustand ausrufen. Die staatliche Religionsbehörde, der Nationale Sicherheitsrat, der Geheimdienst MIT und der Generalstab unterstehen der direkten Kontrolle des Präsidenten.²⁷⁶ Er kann wichtige Beamte und Beamtinnen in mindestens 75 Kategorien der öffentlichen Verwaltung ernennen und entlassen, einschließlich Provinzgouverneure und -gouverneurinnen, die Leitung der Zentralbank sowie Generaldirektoren und -direktorinnen. Zudem ist er in der Lage vier der dreizehn Mitglieder des Rates der Richter und Staatsanwälte und zwölf der fünfzehn Richter und Richterinnen des Verfassungsgerichts zu ernennen. Darüber hinaus kann der Präsident Präsidialdekrete zu Angelegenheiten erlassen, die nicht durch bestehende Gesetze geregelt sind.²⁷⁷

Im März 2019 fanden in der Türkei die Kommunalwahlen statt. Gewählt wurden Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Gemeinderäte und Dorfvertretende. Obwohl die Wahlen laut internationalen Beobachtern ordnungsgemäß durchgeführt wurden, kam es zu über 300 gewaltsamen Zwischenfällen im Umfeld der Wahllokale, bei denen mehrere Menschen getötet wurden.²⁷⁸ Nach der Wahlniederlage der AKP in den beiden größten Städten des Landes, Istanbul und Ankara, ordnete der Oberste Wahlrat (*Yüksek Seçim Kurulu*, YSK) nach der Wahlanfechtung durch die AKP eine Wiederholung der Bürgermeisterwahl in Istanbul an, die jedoch zu keinem anderen Ergebnis führte. Nach ihrem Wahlsieg in Istanbul und Ankara regierten Oppositionsparteien 2019 neun der zehn größten Stadtgebiete des Landes.²⁷⁹

Der HDP gelang es im Südosten der Türkei alle urbanen Zentren zurückzugewinnen.²⁸⁰ Jedoch setzte das Innenministerium den Großteil der HDP/DBP-Bürgermeister und Bürgermeisterinnen nur wenige Monate später aufgrund von Terrorismusvorwürfen erneut ab.²⁸¹ An ihrer Stelle wurden staatliche Treuhänder eingesetzt. Zusätzlich löste das Innenministerium Gemeinderäte auf, wodurch die Gemeindeverwaltungen handlungsunfähig gemacht wurden.²⁸² Entlassungen von HDP/DBP-Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen kommen weiterhin vor, zudem wurden einige von ihnen wegen Terrorismusvorwürfen verhaftet. Auch die Aberkennungen der parlamentarischen Immunität von HDP-Abgeordneten und deren Amtsenthebungen

²⁶⁸ Human Rights Watch: World Report 2018. Turkey. Events of 2017, 2018

²⁶⁹ Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, März 2019, S. 7

²⁷⁰ Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 5

²⁷¹ Human Rights Watch: World Report 2020. Turkey. Events of 2019, 2020

²⁷² Freedom House: Freedom in the World 2019. Turkey, 2019

²⁷³ Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 5

²⁷⁴ Ebd., S. 6

²⁷⁵ Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, März 2019, S. 7

²⁷⁶ Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 6

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Ebd., S. 7

²⁷⁹ Freedom House: Freedom in the World 2020. Turkey, 2020

²⁸⁰ Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 7

²⁸¹ Human Rights Watch: World Report 2020. Turkey. Events of 2019, 2020

²⁸² Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, S. 7

aufgrund mutmaßlicher Verbindungen oder Propaganda-Aktivitäten im Zusammenhang mit der PKK halten weiterhin an.²⁸³ So wurde der HDP-Abgeordnete Ömer Faruk Gergerlioğlu nach der Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität im März 2021 seines Amtes enthoben und im April 2021 verhaftet. Der Verfassungsgerichtshof urteilte jedoch im Juli 2021, dass Gergerlioğlus Rechte bei seiner Verurteilung verletzt worden waren und stellte seinen Status als Mitglied des Parlaments wieder her.²⁸⁴ Von den 67 Mandaten, die die HDP bei den Parlamentswahlen 2018 errungen hatte, wurden im März 2021 nur noch 55 von HDP-Abgeordneten gestellt.²⁸⁵ Die Fälle gegen HDP/DBP-Politiker und Politikerinnen belegen nach Auffassung von Human Rights Watch, dass die Behörden strafrechtliche Verfolgungen und Inhaftierungen für politische Zwecke nutzen.²⁸⁶

Zudem reichte die Staatsanwaltschaft am 17. März 2021 ein Parteiverbotsverfahren gegen die HDP beim türkischen Verfassungsgericht ein und beantragte ein fünfjähriges Verbot der politischen Betätigung für 687 HDP-Mitglieder. Beide Anträge wurden aufgrund von Verfahrensmängeln Ende März 2021 zunächst vom Gericht zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft reichte jedoch im Juni 2021 erneut eine korrigierte Klageschrift ein, die vom Verfassungsgerichtshof angenommen wurde.²⁸⁷ Laut Human Rights Watch bleibt die Politisierung der Justiz weiterhin ein Problem, das sich in der systematischen Praxis der Behörden zeige, regierungskritische Personen zu verhaften, strafrechtlich zu verfolgen und wegen weit ausgelegter Terrorismusvorwürfe zu verurteilen. Es gibt keine offiziellen Zahlen von Untersuchungshäftlingen oder Verurteilten, die wegen mutmaßlicher Verbindungen zur PKK inhaftiert sind, jedoch schätzt Human Rights Watch, dass die Anzahl der Inhaftierten bei mindestens 8.500 Personen liegt.²⁸⁸

Unabhängig davon spitzt sich der Konflikt mit der PKK seit der Intervention der Türkei in Nordsyrien und Nordirak sowie der seit März 2021 begonnenen Militäroffensive „Eren-12 Güneşli“ im Südosten der Türkei weiter zu.²⁸⁹ Während es in den östlichen und südöstlichen Regionen der Türkei zu gelegentlichen Zusammenstößen zwischen Militär und PKK kommt, liegt der eigentliche Schwerpunkt des Konflikts inzwischen in der irakischen Region Kurdistan, wo die Türkei regelmäßig grenzüberschreitende Operationen und Luftangriffe gegen PKK-Ziele durchführt, bei denen auch Zivilisten getötet und verletzt werden.²⁹⁰ Sowohl in Nordsyrien als auch im Nordirak werden weiterhin militärische Einsätze gegen kurdische Milizen durchgeführt.²⁹¹ Nach Angabe der türkischen Regierung wurden seit 2015 in Nordsyrien und Nordirak 18.000 Personen, die die Regierung als – mit der PKK assoziierte – Terroristen bezeichnet, getötet oder festgesetzt.²⁹²

Laut der International Crisis Group (ICG) forderte der bewaffnete Konflikt seit dem Scheitern der Friedensverhandlungen im Juli 2015 mehr als 5.464 Todesopfer im Südosten der Türkei und im Nordirak. Die Auseinandersetzungen haben sich von den Metropolregionen auf ländliche Gebiete verlagert.²⁹³ Im Zeitraum zwischen Mai und Juni 2021 kam es zu einer größeren Eskalation, die sich vor allem auf den Nordirak konzentrierte. Im Mai 2021 verzeichnete die Crisis Group die höchste Zahl von Todesopfern seit September 2020.²⁹⁴

²⁸³ Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021

²⁸⁴ Bianet: HDP's dismissed MP Gergerlioğlu indicted over his justice watch at Parliament, 29.04.2021; Human Rights Watch: Turkey: Don't Expel Opposition Deputy from Parliament. Social Media Posting Conviction a Flagrant Rights Violation, 16.03.2021; Bianet: HDP's Gergerlioğlu returns to parliament after top court ruling, 16.07.2021

²⁸⁵ Cupolo, Diego: Lawsuit filed to close pro-Kurdish party after lawmaker stripped of parliamentary seat, in: Al-Monitor, 17.03.2021

²⁸⁶ Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021

²⁸⁷ Can, Osman: Der Antrag auf das Verbot der prokurdischen HDP beim türkischen Verfassungsgericht. Beispiel für die Verschränkung von Politik und Justiz und böses Omen für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage, Juni 2021, S. 1

²⁸⁸ Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021

²⁸⁹ Daily Sabah: Turkey launches Eren-12 Güneşli anti-terror operation in east, 30.03.2021

²⁹⁰ Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021

²⁹¹ Tagesschau: Neue Militäroffensive Türkei greift PKK-Ziele im Nordirak an, 24.04.2021

²⁹² Hürriyet Daily News: Turkey neutralized over 18,000 terrorists since 2015, says minister, 06.06.2021

²⁹³ International Crisis Group: Turkey's PKK Conflict. A Visual Explainer, 08.06.2021

²⁹⁴ Ebd.

Die Situation verschärfte sich, nachdem das türkische Militär seine Land- und Luftoperationen gegen PKK-Milizen im Nordirak fortsetzte. Am 5. Juni 2021 führte die Türkei Drohnenangriffe in der Nähe des Lagers Makhmur durch. Bei den Angriffen wurden Berichten zufolge drei Zivilisten getötet.²⁹⁵

Angesichts der aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen erscheint das Interesse der türkischen Regierung an einer friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts derzeit gering. Die bewaffneten Auseinandersetzungen mit der PKK im Südosten der Türkei und im Irak, sowie mit der YPG in Nordsyrien lassen auch seitens der PKK zunächst keinen weiteren Friedensprozess erkennen.

Die Maßnahmen gegen pro-kurdische, politische Akteure und Akteurinnen erschweren eine politische Partizipation und verhindern derzeit auch weitere demokratische Lösungsansätze. Da Parteiverbotsverfahren gegen pro-kurdischer Parteien bereits in der Vergangenheit zu deren Schließungen führten, bleibt abzuwarten, wie sich die Situation für HDP und ihre Mitglieder entwickelt.

²⁹⁵ International Crisis Group: Turkey's PKK Conflict. A Visual Explainer, 08.06.2021

4. Literaturverzeichnis

Alyanak, Oguz: No more popular protests? Reflections on Turkey's Domestic Security Bill, 14.03.2015, <https://www.opendemocracy.net/en/no-more-popular-protests-reflections-on-turkeys-domestic-security-bill/>, abgerufen am 16.12.2021

Amnesty International: Gezi Park Protests. Brutal Denial of the Right to Peaceful Assembly in Turkey, 2013, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/06/eur440222013en.pdf>, abgerufen am 14.12.2021

Amnesty International: Countries. Turkey 2020, 2020, <https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/turkey/report-turkey/>, abgerufen am 16.12.2021

Amnesty International: Istanbul-Konvention. Wer austritt gefährdet Frauen und Mädchen, 10.05.2021, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/tuerkei-istanbul-konvention-austritt-gefaehrung-frauen-maedchen>, abgerufen am 16.12.2021

Amtsblatt der Europäischen Union L88/6: Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, 31.03.2017, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32017L0541:DE:HTML>, abgerufen am 16.12.2021

Amtsblatt der Europäischen Union L151/45: Gemeinsamer Standpunkt 2009/468/GASP des Rates vom 15. Juni 2009 zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/67/GASP, 16.06.2009, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009E0468&qid=1412596355797&from=DE>, abgerufen am 16.12.2021

Australian National Security: Kurdistan Workers' Party (PKK), 07.05.2021, <https://www.nationalsecurity.gov.au/what-australia-is-doing/terrorist-organisations/listed-terrorist-organisations/kurdistan-workers-party-pkk>, abgerufen am 10.12.2021

Auswärtiges Amt: 13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30. September 2018, ohne Datum, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2189116/640affab15c196941ae8a8541530155e/190213-mrb-13-download-data.pdf>, abgerufen am 16.12.2021

Aydın, Yaşar: Demokratische Partei der Völker (HDP). Halkların Demokratik Partisi, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Internationales, Europa, Türkei, 19.02.2018, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/188973/hdp>, abgerufen am 16.12.2021

Aydın, Yaşar: Partei Demokratischer Regionen (DBP). Demokratik Bölgeler Partisi, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Internationales, Europa, Türkei, 19.02.2018, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/261752/dbp>, abgerufen am 16.12.2021

BBC News: Suruc massacre. At least 30 killed in Turkey border blast, 20.07.2021, <https://www.bbc.com/news/world-europe-33593615>, abgerufen am 08.12.2021

Bianet: HDP's dismissed MP Gergerlioglu indicted over his justice watch at Parliament, 29.04.2021, <https://bianet.org/english/politics/243245-hdp-s-dismissed-mp-gergerlioglu-indicted-over-his-justice-watch-at-parliament>, abgerufen am 16.12.2021

Bianet: HDP's Gergerlioglu returns to parliament after top court ruling, 16.07.2021, <https://bianet.org/english/politics/247364-hdp-s-gergerlioglu-returns-to-parliament-after-top-court-ruling>, abgerufen am 09.12.21

Bozarslan, Hamit: Can the Kurdish question be resolved within Europe? in: Turkey Today. A European Country? Hrsg.: Roy, Olivier, Anthem Press, London, Großbritannien, 2004

Brunnenberg, Anne: Domestic Politics and the Decision-Making Process in Turkish Foreign Policy. A Case Analysis of AKP's Strategy in Response towards the Islamic State, 2018, https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/20399/GeT%20MA%20Working%20Paper%20Series_No14_AnneBunnenberg.pdf?sequence=1&isAllowed=y, abgerufen am 08.12.2021

Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Februar 2019, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2019/arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf?__blob=publicationFile&v=6, abgerufen am 14.12.2021

Bundesamt für Verfassungsschutz: Rekrutierung von Kämpfern für die PKK in Deutschland, 2021, <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/rekrutierung-von-kaempfern-fuer-die-pkk-in-deutschland.html>, abgerufen am 10.12.2021

Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005, Mai 2006, https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/63244/Verfassungsschutzbericht_2005_de.pdf?sequence=1&isAllowed=y, abgerufen am 14.12.2021

Bundeszentrale für politische Bildung: „Operation Olivenzweig“. Türkische Militäroffensive gegen kurdische Milizen in Nord-Syrien, 26.01.2018, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/263604/tuerkische-militaeroffensive>, abgerufen am 16.12.2021

Çandar, Cengiz: Leaving the Mountain. How may the PKK lay down arms? Freeing the Kurdish Question from Violence, TESEV Publications, Istanbul, Türkei, März 2012

Can, Osman: Der Antrag auf das Verbot der prokurdischen HDP beim türkischen Verfassungsgericht. Beispiel für die Verschränkung von Politik und Justiz und böses Omen für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage, in: SWP-Aktuell, Nr. 44, Juni 2021, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A44_HDP_Tuerkei.pdf, abgerufen am 16.12.2021

Çifçi, Deniz: The Kurds and the Politics of Turkey. Agency, Territory and Religion, I.B. Tauris, London, Großbritannien, 2019

Cupolo, Diego: Lawsuit filed to close pro-Kurdish party after lawmaker stripped of parliamentary seat, in: Al-Monitor, 17.03.2021, <https://www.al-monitor.com/originals/2021/03/lawsuit-close-pro-kurdish-party-lawmaker-parliament-seat.html>, abgerufen am 16.12.2021

Daily Sabah: Victims remember torture, deaths on the 38th anniversary of the 1980 coup, 12.09.2018, <https://www.dailysabah.com/turkey/2018/09/12/victims-remember-torture-deaths-on-the-38th-anniversary-of-1980-coup>, abgerufen am 16.12.2021

Daily Sabah: PKK recruits more children as terror group continues to be condemned on social media, 07.08.20, <https://www.dailysabah.com/politics/pkk-recruits-more-children-as-terror-group-continues-to-be-condemned-on-social-media/news>, abgerufen am 16.12.2021

Daily Sabah: Turkey launches Eren-12 Güneşli anti-terror operation in east, 30.03.2021, <https://www.dailysabah.com/politics/war-on-terror/turkey-launches-eren-12-gunesli-anti-terror-operation-in-east>, abgerufen am 16.12.2021

Davis Paul K. u.a.: Understanding and Influencing Public Support for Insurgency and Terrorism, RAND Corporation, Santa Monica, USA, 2012

Deutsche Welle: Syrien-Krieg. Türkisch-syrischer Konflikt spitzt sich zu, 01.03.2020, <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkisch-syrischer-konflikt-spitzt-sich-zu/a-52595951>, abgerufen am 16.12.2021

Europol: European Union Terrorist Situation and Trend Report 2020, 23.06.2020, <https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-te-sat-2020>, abgerufen am 16.12.2021

Federici, Vittoria: The Rise of Rojava. Kurdish Autonomy in the Syrian Conflict, in: The SAIS Review of International Affairs, Bd. 35, Nr. 2, 2015, https://www.jstor.org/stable/27000999?read-now=1&refregid=excelsior%3A14174f0729924c40d65fe5b00b1c3228&seq=1#page_scan_tab_contents, abgerufen am 16.12.2021

Felden, Esther/ von Hein, Matthias: YPG-Rückkehrer: Terrorbekämpfer unter Terrorverdacht, in: Deutsche Welle, 05.01.2020, <https://www.dw.com/de/ypg-r%C3%BCckkehrer-terrorbek%C3%A4mpfer-unter-terrorverdacht/a-51747883>, abgerufen am: 16.12.2021

Fend, Walter-Josef: Kurdish political parties in Turkey, in: The Kurds. History – Religion – Language – Politics, Hrsg.: Taucher, Wolfgang, u.a., Österreichisches Bundesministerium für Inneres, Staatendokumentation, Wien, Österreich, 2015

FIEP (International Association of Gendarmeries and Police Forces with Military Status): The Gendarmerie of the Turkish Republic, ohne Datum, <http://www.fiep.org/member-forces/turkish-gendarmerie/>, abgerufen am 16.12.2021

Freedom House: Freedom in the World 2019. Turkey, 2019, <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2019>, abgerufen am 16.12.2021

Freedom House: Freedom in the World 2020. Turkey, 2020, <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2020>, abgerufen am 16.12.2021

Gourlay, William: The Kurds in Erdoğan's Turkey. Balancing Identity, Resistance and Citizenship, Edinburgh University Press, Edinburgh, Großbritannien, 2020

Gunes, Cengiz: The Kurdish National Movement in Turkey. From Protest to Resistance, Routledge, Abingdon, Großbritannien, 2012

Gunes, Cengiz: The Rise of the Pro-Kurdish Democratic Movement in Turkey, in: Routledge Handbook on the Kurds, Hrsg.: Gunter, Michael M., Routledge, New York, USA, 2019

Gunes, Cengiz: The Political Representation of Kurds in Turkey. New Actors and Modes of Participation in a Changing Society, I.B. Tauris, London, Großbritannien, 2021

Gürbey, Gülistan: Der türkische Kurdenkonflikt. Vom Friedensprozess zur erneuten Gewalteskalation, in: Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 1, 2017

Gürbey, Gülistan: Der regionale Aufstieg der Kurden. Wie (re-)agiert die Türkei?, 01.03.2018, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Innerstaatliche Konflikte, <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221632/der-regionale-aufstieg-der-kurden-wie-re-agiert-die-tuerkei>, abgerufen am 16.12.2021

Gürbüz, Mustafa: Rival Kurdish Movements in Turkey. Transforming Ethnic Conflict, Amsterdam University Press, Amsterdam, Niederlande, 2016

Hähnlein, Rayk: Militärisch unlösbar. Die jüngste Eskalation im Konflikt zwischen Kurden und dem türkischen Staat, 14.04.2018, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/257585/militaerisch-unloesbar>, abgerufen am 08.12.21

Heinrich-Böll-Stiftung: Turkey's Newest Party. Understanding the HDP, 27.10.2015, <https://www.boell.de/en/2015/10/27/turkeys-newest-party-understanding-hdp>, abgerufen am 16.12.2021

Holland Kinney, Drew: Civilian Actors in the Turkish Military Drama of July 2016, in: Eastern Mediterranean Policy Note, Nr. 10, 19.09.2016, https://cceia.unic.ac.cy/wp-content/uploads/EMPN_10.pdf, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2015. Turkey. Events of 2014, 2015, <https://www.hrw.org/world-report/2015/country-chapters/turkey>, 2015, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2016. Turkey. Events of 2015, 2016, <https://www.hrw.org/world-report/2016/country-chapters/turkey>, 2016, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2017. Turkey. Events of 2016, 2017, <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/turkey>, 2017, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2018. Turkey. Events of 2017, 2018, <https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/turkey>, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: Turkey. Crackdown on Kurdish Opposition, 20.03.2017, <https://www.hrw.org/news/2017/03/20/turkey-crackdown-kurdish-opposition>, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2020. Turkey. Events of 2019, 2020, <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/turkey>, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: Turkey. Opposition Politicians Detained for Four Years. Pattern of Politically Motivated Prosecutions. Detentions, 19.11.2020, <https://www.hrw.org/news/2020/11/19/turkey-opposition-politicians-detained-four-years>, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: World Report 2021. Turkey. Events of 2020, 2021, <https://www.hrw.org/world-report/2021/country-chapters/turkey>, abgerufen 16.12.2021

Human Rights Watch: Turkey: Don't Expel Opposition Deputy from Parliament. Social Media Posting Conviction a Flagrant Rights Violation, 16.03.2021, <https://www.hrw.org/news/2021/03/16/turkey-dont-expel-opposition-deputy-parliament>, abgerufen am 16.12.2021

Human Rights Watch: Turkey. Erdoğan's Onslaught on Rights and Democracy, 21.03.2021, <https://www.hrw.org/news/2021/03/24/turkey-erdogans-onslaught-rights-and-democracy>, abgerufen am 16.12.2021

Hürriyet Daily News: Explained. Turkey's controversial security bill, 21.02.2015, <https://www.hurriyetsdailynews.com/explained-turkeys-controversial-security-bill-78658>, abgerufen am 26.11.2021

Hürriyet Daily News: Turkey neutralized over 18,000 terrorists since 2015, says minister, 06.06.2021, <https://www.hurriyetsdailynews.com/turkey-neutralized-over-18-000-terrorists-since-2015-says-minister-165318>, abgerufen am 16.12.2021

International Crisis Group: Turkey's Election Reinvigorates Debate over Kurdish Demands, in: Crisis Group Europe Briefing Nr. 88, Istanbul/Brüssel, 13.06.2018, <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/b88-turkeys-election-reinvigorates-debate-over-kurdish-demands>, abgerufen am 16.12.2021

- International Crisis Group: Turkey's PKK Conflict. A Visual Explainer, 15.11.2021, <https://www.crisisgroup.org/content/turkeys-pkk-conflict-visual-explainer>, abgerufen am 16.12.2021
- Işık, Ayhan: Types of Turkish Paramilitary Groups in the 1980s and 1990s, Journal of Perpetrator Research, Bd. 03, Nr. 02, 2021, <https://jpr.winchesteruniversitypress.org/articles/abstract/10.21039/jpr.3.2.87/>, abgerufen am 10.12.2021
- Jongerden, Joost/ Hamdi Akkaya, Ahmet: The Kurdistan Workers Party (PKK) and Kurdish Political Parties in the 1070s, in: Routledge Handbook on the Kurds, Hrsg.: Gunter, Michael M., Routledge, New York, USA, 2019
- Jongerden, Joost: Resettlement and Reconstruction of Identity. The Case of the Kurds in Turkey, 01.09.2001, <https://core.ac.uk/download/pdf/29303963.pdf>, abgerufen am 16.12.2021
- Kanmaz, Mehmet A.: Countering Terrorist Financing. A Case Study of the Kurdistan Worker's Party (PKK), Calhoun Institutional Archive of the Naval Postgraduate School, Monterey, USA, 2014, <https://core.ac.uk/download/pdf/36736723.pdf>, abgerufen am 16.12.2021
- Kaya, Zeynep N.: Mapping Kurdistan. Territory, Self-Determination and Nationalism, Cambridge University Press, Cambridge, Großbritannien, 2020
- Kocher, Matthew: The Decline of PKK and the Viability of a One-state Solution in Turkey, in: International Journal on Multicultural Societies (IJMS), Bd. 4, Nr. 1, 2002, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000139048.page=130>, abgerufen am 10.12.2021
- Kreiser, Klaus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, Verlag C. H. Beck, München, Deutschland, 2020
- Kreitewolf, Stefan: Rojava. Zwischen Staat und Parastaat, in: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA), Nr.3, Köln, Deutschland, 2018, https://ib.uni-koeln.de/sites/jaeger/publikationen/aipa/AIPA_3.18_Rojava_Kreitewolf.pdf, abgerufen am 16.12.2021, S. 7
- Kurban, Dilek: Limits of Supranational Justice. The European Court of Human Rights and Turkey's Kurdish Conflict, Cambridge University Press, Cambridge, Großbritannien, 2020
- Köhne, Gunnar/Siefert, Volker: Die Gülen-Bewegung: Neues Zentrum "Almanya", in: Deutsche Welle, Themen, Deutschland, 13.07.2018, <https://www.dw.com/de/die-g%C3%BClen-bewegung-neues-zentrum-almanya/a-44645120>, abgerufen am 16.12.2021
- Le Ray, Marie: Knowledge is a potent instrument for change. Interview with Doğu Ergil, Istanbul, 15.06.2006, in: European Journal of Turkish Studies, Nr. 05, 2006, <https://journals.openedition.org/ejts/762?lang=de>, abgerufen am 16.12.2021
- Mandiracı, Berkay: Turkey's PKK Conflict: The Death Toll, in: ICG (International Crisis Group): Commentary. Europe and Central Asia, 20.07.16, <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/turkey-s-pkk-conflict-death-toll>, abgerufen am 16.12.2021
- Mihatsch, Moritz A.: Kurdenkonflikt, 10.12.2020, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Innerstaatliche Konflikte, <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54641/kurdenkonflikt>, abgerufen am 16.12.2021
- Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, Oktober 2019, Den Haag, Niederlande, <https://www.ecoi.net/en/file/local/2030125/Turkije++October+2019.pdf>, abgerufen am 16.12.2021
- Ministerie van Buitenlandse Zaken: General Country of Origin Information Report Turkey, März 2021, Den Haag, Niederlande,

https://coi.easo.europa.eu/administration/netherlands/PLib/2021_03_EN_Algemeen_ambtsbericht_Turkije.pdf, abgerufen am 16.12.2021

O'Connor, Francis: The Kurdish Movement in Turkey. Between Political Differentiation and Violent Confrontation, Peace Research Institute Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland, 2017

Öcalan, Abdullah: Demokratischer Konföderalismus, Mesopotamien-Verlag, Neuss, Deutschland, 2012, <https://www.freeocalan.org/wp-content/uploads/2012/09/Abdullah-%c3%96calan-Demokratischer-Konf%c3%b6deralismus.pdf>, abgerufen am 16.12.2021

Özbudun, Ergun: The Turkish „Democratization Package“, in: Middle East Institute, Publications, 15.10.2013, <https://www.mei.edu/publications/turkish-democratization-package>, abgerufen am 16.12.2021

Özkan, Mehmet: Shaping the Peace Process. A Comparison between Turkey and Columbia, in: Turkish Policy Quarterly, Bd. 16, Nr. 4, 2018, http://turkishpolicy.com/files/articlepdf/shaping-peace-processes-a-comparison-between-turkey-and-colombia_en_8768.pdf, abgerufen am 16.12.2021

Posch, Walter: The Changing Faces of the PKK, in: The Kurds. History – Religion – Language – Politics, Hrsg.: Taucher, Wolfgang, u.a., Österreichisches Bundesministerium für Inneres, Staatendokumentation, Wien, Österreich, 2015

Savran, Arin: The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party 2009–2015, in: Journal of Balkan and Near Eastern Studies, Bd. 22, Nr. 6, 2020

Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Studie 4, März 2019, Berlin, Deutschland, SWP-Studie https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S04_srt.pdf, abgerufen am 16.12.2021

Süddeutsche Zeitung: Der Terror begann in Suruç, 29.06.2016, <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-der-terror-begann-in-suruc-1.3055623>, abgerufen am 08.12.2021

Süddeutsche Zeitung: HDP-Politiker Demirtaş. „Wir definieren die PKK nicht als eine Terrororganisation“, 02.09.2016, <https://www.sueddeutsche.de/politik/hdp-politiker-demirtas-neue-friedensgespraeche-unter-erdogan-das-ist-nur-ein-leerer-traum-1.3146997-2>, abgerufen am 16.12.2021

Tagesschau: Neue Militäroffensive Türkei greift PKK-Ziele im Nordirak an, 24.04.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-pkk-nordirak-101.html>, abgerufen am 16.12.2021

Tagesschau: HDP-Politiker in Ankara vor Gericht. Prozess gegen Demirtas hat begonnen, 26.04.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/istanbul-prozess-demirtas-101.html>, abgerufen am 16.12.2021

Topçu, Özlem: Neuer Streit um die Kurdenpartei. Was will Erdoğan?, in: Zeit Online, Politik, Recep Tayyip Erdoğan, 24.02.2021 <https://www.zeit.de/2021/09/recep-tayyip-erdogan-kurdenpartei-pkk-hdp-irak-tuerkei>, abgerufen am 16.12.2021

USDOS (U.S. Department of State): Trafficking in Persons Report 20th Edition, Juni 2020, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/06/2020-TIP-Report-Complete-062420-FINAL.pdf>, abgerufen am 16.12.2021

USDOS (U.S. Department of State): Foreign Terrorist Organizations, ohne Datum, in: Bureau of Counterterrorism, <https://www.state.gov/foreign-terrorist-organizations/>, abgerufen am 16.12.2021

Wagner, Hans: Die Kurden. Geschichte, Kultur und Hintergründe, 02.05.2020, in: Eurasisches Magazin: Eurasien historisch, <https://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Kurden-sind-eines-der-aeltesten-Kulturvoelker-Geschichte-und-Hintergruende/21103>, abgerufen am 16.12.2021

Waldman, Simon A./ Caliskan, Emre: The Peace Process that Never Was: Turkey and the PKK, 03.08.2015, <https://www.hurstpublishers.com/the-peace-process-that-never-was-turkey-and-the-pkk/>, abgerufen am 16.12.2021

Whiting, Matthew/Kaya, Zeynep N.: The HDP, the AKP and the Battle for Turkish Democracy, in: Ethnopolitics, Bd. 18, Nr. 1, 2018, https://eprints.soas.ac.uk/32768/1/Kaya_HDP_AKP_Turkish_Democracy%20.pdf, abgerufen am 16.12.2021

Zeit Online: Nordsyrien. Türkei beginnt Offensive gegen Kurden, 09.10.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-tuerkei-beginnt-offensive-gegen-kurden>, abgerufen am 16.12.2021

Zeldin, Wendy: Turkey. Counterterrorism and Justice, The Law Library of Congress, September 2015, <https://tile.loc.gov/storage-services/service/lil/lglrd/2016295699/2016295699.pdf>, abgerufen am 08.12.2021

18 U.S. Code: § 2339B. Providing material support or resources to designated foreign terrorist organizations, in: Cornell Law School, Legal Information Institute, ohne Datum, <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/18/2339B#:~:text=Whoever%20knowingly%20provides%20material%20support,of%20years%20or%20for%20life>, abgerufen am 16.12.2021

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat für Länderanalysen
90461 Nürnberg

Stand

12/2021

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung / Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
<https://milo.bamf.de>

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de